

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **M. 1,50.**

Inhalt:

Rückblick auf das Jahr 1905	Seite
Gesetzgebung und Verwaltung. Ein schweizerisches Zucht- hausgesetz gegen streifende Arbeiter.	1
Wirtschaftliche Rundschau.	8
Arbeiterbewegung. Zum Protest gegen die Tabaksteuerpläne. — Aus den deutschen Gewerk- schaften. — Anschlußbestrebungen im Gra- phischen Gewerbe. — Internationales. — Die niederländische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1905. — Gewerkschaften in Westaustralien	4
Kongresse. 1. Verbandstag des Verbandes der Schirmmacher Deutschlands. — Die 24.	5

Jahreskonvention der American Fede- ration of Labor.	9
Lohnbewegungen. Tarifliches.	12
Arbeiterversicherung. Ein wichtiges Kapitel aus der Arbeiterversicherung. — Zum Hilfskassen- kongreß	13
Gewerbegerichtliches. Die Gewerbegerichte im Deutschen Reiche. — Wahl in Wenigenjena	14
Partelle, Sekretariate. Arbeitersekretäre für Brandenburg und Köln gesucht	16
Anderer Organisationen. Aus den deutschen (S. . .) Gewerk- vereinen	16
Mitteilungen. Mitteilung der Generalkommission über Quar- talsbeiträge und Unterstützungsgelder. — Vergriffene Correspondenzblätter. — Berichtigung	16

Rückblick auf das Jahr 1905.

War das Jahr 1904 ein solches eines mächtigen Wirtschaftsaufschwunges, so stand das Jahr 1905 bereits im Zeichen der Hochkonjunktur. Wesentlich von Einfluß auf diese Entwicklung war vor allem die Beendigung des russisch-japanischen Krieges, die mit einem Schlage zwei große Märkte wieder aufnahmefähig machte. Die Arbeitslosenstatistik des „Reichsarbeitsblattes“ wies am 30. September mit 1,4 Prozent Arbeitslosen (gegen 1,8 Prozent im Vorjahre) den niedrigsten, seit Jahren verzeichneten Stand auf und die Statistik der deutschen Arbeitsnachweise (veröffentlicht im „Arbeitsmarkt“) zeigt einen Rückgang der Arbeitsuchenden im Durchschnitt der Monate Januar-November von 129,5 im Jahre 1904 auf 114,2 im Jahre 1905 pro 100 offene Stellen; — im September 1905 ging die Ziffer sogar auf 96,1 zurück. Vor allem waren der Bergbau, die Metall- und Maschinenindustrie, Elektrizitätsindustrie, Textilindustrie und das Baugewerbe äußerst reger beschäftigt, — sie alle waren zugleich der Schauplatz wirtschaftlicher Kämpfe von teilweise riesenhaften Dimensionen, die indes der Produktion nur vorübergehend Abbruch taten. Der große Streit im Ruhrkohlenbergbau verminderte zwar die Kohlenförderung in der ersten Hälfte des Jahres ganz erheblich, die Steigerung der Fördertätigkeit im zweiten Halbjahre (s. auch „Wirtschaftliche Rundschau“) hat den Ausfall bereits ausgeglichen. Auch die Berliner Elektrizitätsindustrie holte den Verlust, den die Niesenaussperrung von circa 40 000 Arbeitern verursachte, in einigen Monaten intensivster Tätigkeit wieder ein. Der Ausfall in der mitteldeutschen Textilindustrie wurde teilweise durch andere Bezirke gedeckt und das Baugewerbe bot reichliche Arbeits-

gelegenheit, so daß die zahlreichen Kämpfe nur eine zeitliche Verschiebung derselben bewirkten. Die inneren Wirren in Rußland würden zu anderer Zeit einen empfindlichen Rückschlag auf die deutsche Produktion ausgeübt haben. Gegenwärtig beschränkt sich ihre Wirkung auf den Effektenmarkt, auf das Schwanken russischer Werte. Bis zum Inkrafttreten der höheren Zollsätze der neuen Handelsverträge fehlt es der deutschen Industrie nicht an Aufträgen, so daß sie das unsichere russische Geschäft kaum vermisst. Später allerdings dürfte ein Rückschlag kaum ausbleiben.

In dem Wirtschaftsaufschwung hat das deutsche Unternehmertum den Hauptanteil. Daß seine Profite und Dividenden erheblich steigen, war vorauszu sehen, ebenso, daß es an diesen Mehrgewinnen die Arbeiter nur nach größtem Widerstreben teilhaben ließ. Es hat sich für seine Konjunktur organisatorisch vortrefflich gerüstet und attackierte die Arbeiter, welche Lohnerhöhungen forderten, so reichlich mit Aussperrungen, daß weniger starken Gewerkschaften der Atem ausgegangen wäre. Die Aussperrungen in der bayerischen Metallindustrie, im Schneidergewerbe, in den Brauereien und im Baugewerbe Rheinland-Westfalens, an der Unterweser, in der mitteldeutschen Textilindustrie, in der Dresdener Cigarettenindustrie, in der Weiskensfelder Schuhindustrie und in der Berliner Elektrizitätsindustrie haben weit über hunderttausend Arbeiter in Mit leidenschaft gezogen.

Keines der früheren Jahre war so reich an Massenaussperrungen und Opfern für die deutschen Arbeiter. Wenn gleichwohl die deutschen Gewerkschaften aus dieser Campagne nicht bloß unbesiegt, sondern mit unerminderter Kraft und Kampfesmut hervorgingen, so danken sie dies vor allem ihrer

gefunden Organisationsentwicklung und der Erziehung ihrer Mitglieder zu Massenbewußtsein, Opferwilligkeit und Organisationsstreue. Widerstandslose Gewerkschaften wären unter diesen wiederholten Sturmangriffen des organisierten Kapitals zusammengebrochen. So lange jedoch der Kern der organisierten Arbeitertruppen standhaft blieb, brachte jede Massenausperrung den letzteren neue Rekruten für ihre Bataillone.

Für die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften war schon das Jahr 1904 das erfolgreichste. Der Mitgliederzuwachs von 175 000 Mitgliedern, den es brachte, schien kaum noch übertraffen werden zu können. Aber gerade das letztverfllossene Jahr bewies uns, daß die Gewerkschaften erst im Anfange ihrer Machtentfaltung stehen, und daß ihr Aufschwung noch bedeutender Steigerungen fähig ist. Nach den uns zurzeit vorliegenden Abrechnungen von 38 Organisationen, verzeichnen diese allein binnen Jahresfrist eine Zunahme von 90 000 Mitgliedern. Dabei sind indes gerade eine Reihe der größten und erfolgreichsten Gewerkschaften unvertreten, da dieselben nur Jahresabrechnungen veröffentlichten. Nun stieg aber die Auflage des Organs des Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1905 von 207 500 auf 265 300 Exemplare, also um 57 800, die des Organs des Centralverbandes der Maurer von 140 000 auf 175 000, also um 35 000 Exemplare, und die der „Bergarbeiter-Zeitung“ nach dem großen Kampfe im Ruhrgebiet von 90 000 auf 155 000, also um 65 000 Exemplare. Mehr als 150 000 neue Leser hat also das verfllossene Jahr allein diesen drei Gewerkschaftsorganen gebracht. Auch weitere Verbände, deren Ziffern noch nicht vorliegen, haben bedeutende Fortschritte gemacht. Unter diesen Umständen können unsere Gewerkschaften im verfllossenen Jahre mit einem Mitgliederzuwachs von 200 000 bis 250 000 sehr wohl rechnen. Wenn sich diese Entwicklung im laufenden Jahre in gleichem Verhältnis fortsetzt, woran gar nicht zu zweifeln ist, so dürfte im zweiten oder dritten Quartal die Zahl von 1½ Millionen Mitgliedern erreicht sein. Daß dieses Fazit eintritt, dafür sorgt nicht bloß das Unternehmertum mit seiner Aussperrungstaktik, die es allem Anschein nach auch künftig trotz ihrer gegenteiligen Erfolge zur Anwendung bringen wird, sondern auch die besseren organisatorischen Einrichtungen und das Unterstützungswesen der Gewerkschaften, die je länger, um so deutlicher ihre günstigen Wirkungen äußern.

Der gewaltige Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung hat seine Wirkungen auf die deutschen Arbeitgeber nicht verfehlt. Vor allem hat ihnen der große Ausstand der Ruhrbergleute die Solidarität der Arbeiterklasse eindringlich demonstriert; mehr noch als der Umfang dieses Streiks flößte ihnen die Einmütigkeit der Arbeiter aller Organisationsrichtungen, deren Führer sich eben noch scharf befehdeten, Achtung ein. Und so wenig greifbare Vorteile auch dieser Riesenkampf der Arbeiterschaft brachte, so sehr auch sein Abschluß Anlaß zu unangenehmen Auseinandersetzungen bot, so hat er doch den Traum der Unternehmer für alle Zeiten zerstört, die Arbeiterbewegung durch Zersplitterung kampfunfähig zu machen. Es war eine direkte Wirkung dieses Kampfes, daß die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“, das führende Organ der Arbeitgeberverbände, sich zur Erkenntnis der Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Verhandlungsfähigkeit bequeme und diese Einsicht selbst gegen einen Bued verteidigte. An dem tatsächlichen Verhältnis zwischen Unternehmer-

Arbeiterorganisation ändert diese Einsicht freilich sehr wenig, denn auch ohne Anerkennung haben Arbeitgeber und deren Organisationen mit Gewerkschaftsvertretern verhandelt und Verträge abgeschlossen, wenn die Notwendigkeit ihnen keine andere Wahl ließ, und je mehr die Gewerkschaften sich ausbreiten, desto mehr werden auch die Großindustriellen sich dieser Notwendigkeit, sie als Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen, fügen müssen. Daran ändert weder die Massenausperrungstaktik des Unternehmertums, noch die immer wieder in weniger greifbarer Gestalt auftauchenden Streiterversicherungsprojekte etwas. Bisher hat keine der inszenierten Massenausperrungen, die kaum überboten werden können, den Bestand der Gewerkschaften erheblich beeinträchtigen können, und selbst die genialsten Systeme des Herrn Mendt sind nicht imstande, die Reihen der Gewerkschaften zu lichten. Dagegen würde jede Streiterversicherung der Unternehmer dazu beitragen, die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse fester zu fundamentieren und damit den Erfolg des Widerstandes in jedem einzelnen Falle sicherer gewährleisten. Schon die verfllossene Kampferiode hat zahlreiche Gewerkschaften zur Erhebung periodischer Kampfessteuern veranlaßt; von da ab bis zur dauernden Kriegsschätzung ist der nächste Schritt, den die Arbeiter vieler Großstadtsberufe bereits getan haben. Schon jetzt werden in einzelnen Gewerkschaften ständige Beiträge von 60 Pf. bis 1 Mk. pro Woche und darüber erhoben. Die Verallgemeinerung dieser Entwicklung ist angesichts der wachsenden Kampfesgefahr nur eine Frage kürzester Zeit. Jedenfalls aber ist die organisierte Arbeiterschaft bereit, für ihre gute Sache die größten Opfer zu bringen; sie wird diese Opfer vervielfachen, wenn es sein muß!

Das bedeutsamste Ereignis des letzten Jahres neben den gewaltigen Kämpfen war auf gewerkschaftlichem Gebiete der Kölner Gewerkschaftskongress.

Seine Verhandlungen und Beschlüsse, soweit sie innere Fragen der Arbeiterbewegung zum Gegenstand hatten, sind lebhaft von Vertretern und Organen des politischen Teils der Arbeiterbewegung angegriffen worden, obwohl der Kongress bestrebt war, den Geist der Gemeinsamkeit zu wahren. Was an seiner Stellungnahme das Mißfallen politischer Kreise erregte, war wohl vorwiegend sein von höherer Verantwortlichkeit geleiteter Drang, die tatsächlichen Verhältnisse in Erwägung zu ziehen und nicht Beschlüsse zu fassen, die undurchführbar oder in ihrer Tragweite unübersehbar sind. Die Verhandlungen und Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages in Jena haben die Richtigkeit der Haltung des Gewerkschaftskongresses weit mehr bestätigt als erschüttert. Wonnleich dort die Verhandlungen auf eine wesentlich schärfere Tonart gestimmt waren, so konnte auch der Parteitag nicht umhin, den Verhältnissen Rechnung zu tragen und die Illusionen mancher Revolutionsromantiker unberücksichtigt zu lassen. Die Beschlüsse beider Tagungen entfernen sich nicht sehr weit voneinander, namentlich nicht diejenigen hinsichtlich der Abwehr von Angriffen auf Volksrechte. Erfreulich war dagegen besonders, daß der Jenaer Parteitag sich rückhaltlos für die Notwendigkeit der Stärkung der gewerkschaftlichen neben der politischen Organisation der Arbeiter aussprach und die Parteigenossen verpflichtete, die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Gegenüber dem offensichtlichen Bemühen gewisser Generalkreisläufer, die Gewerkschaftsarbeit systematisch zu ver-

kleinern und hinter die Propaganda des politischen Massenstreiks zurückdrängen, gegenüber den fortgesetzten Versuchen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen die Gewerkschaftsleitungen aufzureizen, kann dieser Beschluß des Jenaer Parteitages gar nicht dringend genug in Erinnerung gebracht werden. Der Arbeiterbewegung dient nicht, wer die Grundlagen ihrer Machtfaltung, ihre Organisation herabsetzt. Ohne starke Organisation kann ein maßgebender Einfluß weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Gebiete durchgesetzt und erhalten werden. Aller revolutionäre Enthusiasmus, der im Jahre der russischen Revolution und nicht minder angefaßt der rückständigen Rechts- und Verfassungszustände im Deutschen Reiche nur zu begreiflich erscheint, kann die wirtschaftliche und politische Organisation nicht ersetzen und an den bestehenden Machtverhältnissen nicht das geringste ändern. Diese Erkenntnis, die der Jenaer Parteitag nicht ganz überflüssigerweise aussprach, sollten vor allem diejenigen nicht vergessen, die sich zumeist berufen fühlen, im Geiste dieses Parteitages zu wirken. Mögen auch Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Richtungen der Klassenbewußten Arbeiterbewegung nicht immer ganz zu vermeiden sein, — sie sachlich auszutragen, ist die Pflicht eines jeden, der sich als ein Glied dieser Gesamtheit fühlt, — so steht doch die Organisation der Arbeiterklasse und ihre Förderung hoch über allem Hader. Die gesamte Arbeiterbewegung schädigt, wer die gewerkschaftliche Organisation in ihrem Werte geflissentlich herabsetzt und die Mitglieder in einen Gegensatz zu ihren Organisationsleitungen drängt. Sollen unsere Kampforganisationen, die kein Angriff der Gegner, sei es durch Gesetze oder Aussperrungen, vernichten konnte, von innen heraus, durch die „Aufklärungsarbeit“ ihrer nächsten Freunde erschüttert werden? Soll das Werk von Jahrzehnten, auf das die deutsche Arbeiterklasse mit Recht stolz sein darf, dem Enthusiasmus des Moments, der Leidenschaft des Augenblicks geopfert werden? Wer möchte fühlen Blutes die Verantwortung für ein Ja übernehmen!

Bedeutungsvolle Kämpfe stehen der deutschen Arbeiterklasse bevor, — Kämpfe auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete. Jeder dieser Kämpfe erfordert ihre vollen Kräfte. Die deutsche Arbeiterschaft wird diesen Kämpfen getrosten Mutes entgegen sehen, mag es sich um die notwendige Erringung von Lohnerhöhungen, die Ersatz bieten für den gewaltsamen Raubzug auf die Taschen der Ärmsten und um die Abwehr von Massenaussperrungen handeln, oder um die Erämpfung des notwendigen Einflusses auf die einzelstaatlichen Gesetzgebungen. In allen diesen Kämpfen ist der Arbeiter mit seinem ganzen Herzen bei der Sache beteiligt. Aber nur gute Organisation vermag solchen Kämpfen einen Erfolg zu verbürgen und Niederlagen abzumenden, die leicht verhängnisvoll für die Bewegung werden können. Das lehrt nichts so eindringlich, wie die blutige Niederwerfung des Aufstandes des russischen Proletariats, die ungezählte Kräfte gebrochen hat und gewaltam die ersten organisatorischen Regungen der russischen Arbeiterschaft erstidete. Es liegt uns ferne, die russischen Revolutionäre darob zu schelten oder auf die Größe des Dramas der russischen Revolution auch nur einen Schatten zu werfen. Was geschah, mag die unabwendbare Folge des klaffenden Gegensatzes zwischen brutaler Willkür und verzweifelter Auflehnung sein, und wo Organisationen fehlen, da nimmt der Kampf unmittelbar die

schärfsten Formen an. Der Macht des mit der bürgerlichen Gesellschaft verbündeten Zarismus war das russische Proletariat nicht gewachsen; seine Besten verbluten unter den Kugeln der Soldateska. Sicherlich ist das alte Willkürregiment in Rußland trotz des Arbeitermassakres unmöglich geworden, — den Erfolg kann keine Kontrerevolution hinwegräumen; aber zugleich ist die Arbeiterbewegung auf Jahre hinaus gelähmt und sie wird durch tausende Mühseligkeiten gehemmt werden, ehe sie sich von neuem ihren Weg bahnen kann.

Die deutsche Arbeiterklasse ist sich in jahrzehntelangem Kampfe bewußt geworden, daß sie durch zähe Organisation die schwersten Hindernisse zu überwinden vermag. Sie weiß, daß die heutigen Gewalthaber nur auf den Moment warten, da sie den Boden der Gesechlichkeit verläßt, um diese Organisationen zu zertrümmern, — und sie hat gelernt, diese Hoffnungen ihrer Gegner zu enttäuschen. Unsere Arbeiterschaft wird auch ihre bevorstehenden Kämpfe führen auf dem Boden der legalen Organisation, — sie wird ihre Bedeutung als der größte und wichtigste Teil aller Staatsbürger der Öffentlichkeit zum Bewußtsein bringen und den Einfluß auf alle Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung fordern, der ihnen gebührt. Das neue Jahr 1906 wird für die politische Organisation der Arbeiterklasse ein Jahr neuer imponierender Kraftentfaltung sein. Möge der Erfolg derselben nicht ausbleiben, — das kann niemand sehnlicher wünschen als die deutsche Gewerkschaftsbewegung!

Gesetzgebung und Verwaltung.

Ein schweizerisches Buchthaugesetz gegen streikende Arbeiter.

In Bern war im verfloffenen Sommer ein Schreinerstreik zu verzeichnen, der nicht weniger als 23 Wochen, vom März bis August, dauerte. Gefordert waren seitens der Gehülfsen Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, Minimallohn, Abschluß eines Tarifvertrages. Die Schreinermeister verhielten sich ablehnend im Vertrauen auf die altgewohnte Unterstützung des Klassenstaates zur Niederwerfung des Streiks. Vom ersten Augenblick des Kampfes an war das Bestreben des Schreinermeistervereins und des Berner Handwerkervereins auf die Herbeiführung einer Streikverordnung durch die Kantonsregierung gerichtet, um dadurch den kleinen Belagerungszustand über Bern zu verhängen. Das Streikpostenstehen, die Versammlung und Demonstrationskundgebungen der Streikenden zu verbieten, damit unter diesem Schutze die Streikbrecherzucht um so besser gedeihen könnte. So wurde denn zielbewußt von den Meisterorganisationen und den ihnen als Handlanger ergebenden städtischen Polizisten das Blaue vom Himmel heruntergelogen und das unglaublichste in Scharfmacherei geleistet, bis endlich die Kantonsregierung den heißen Wunsch erfüllte und die Streikverordnung mit allen ihren Folgen erließ. Darüber mußte sie dem Großen Räte (Landtage) Bericht erstatten und so erlangten die sozialdemokratischen Vertreter in denselben nähere Kenntnis der Umtriebe der Meister- und Polizeischarfmacher, die sie in rücksichtsloser Weise enthüllten und brandmarkten. Drei Tage wurde darüber debattiert und zum Schluß der Antrag eines konservativen Patriziers mit 119 gegen 18 Stimmen auf Erlass eines Antistreikgesetzes angenommen.

deutet 1905 für das Industriekapital einen großen Aufschwung. In gewissem Sinne kann man sogar sagen, daß erst im Jahre 1905 die aufsteigende Wirtschaftsjunktur in umfassendster Weise in den Preisen zum Ausdruck gelangte. Für den industriellen Verbrauch (für den produktiven Konsum) hat das schon häufig wieder die bekannten Schwierigkeiten hervorgerufen: die höherstufigen Erzeugnisse vermögen der Verteuerung der, verbandsmäßig meist besser organisierten Rohmaterialien und Halbfabrikate oft nicht genügend zu folgen. Für den letzten persönlichen Konsum war diese allseitige Preiserhöhung der gewerblichen Produkte um so drückender, als sie im Jahre 1905 zusammenfiel mit einem Hochstand der landwirtschaftlichen Preise: für die Brotfrüchte, deren Ernte vielfach im Laufe des Sommers unter den Unbilden der Witterung gelitten hatte — noch mehr jedoch für alle Fleischarten, deren im Verhältnis zum deutschen Bedarf geringe deutsche Zufuhr noch eine Nachwirkung der vorjährigen Dürre und Futternot ist und deren Linderung durch erleichterte ausländische Zufuhr natürlich das ausschlaggebende agrarische Interesse verbietet. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß die Einkommen der Lohnarbeiter, letztere als Gesamtheit und soziale Klasse betrachtet, annähernd ähnlich sich erhöht haben, und um so erbitternder wirkt die gehässige Feindschaft der agrarischen Presse gegen alle Lohnkämpfe und gegen das Koalitionsrecht, und die entfaltete rücksichtslose Aussperungstaktik der Industriellen — wie im rheinisch-westfälischen Baugewerbe, in der mitteldeutschen Textilindustrie, in den Berliner Elektrizitätsunternehmungen. Die Ware Arbeitskraft hat von der besseren Konjunktur im Jahre 1905 vorwiegend nur die vermehrte Beschäftigung und Beschäftigungsgelegenheit gehabt; die wirklich höheren Preise für die gleiche geleistete Arbeit sind noch zu erringen.

Für das industrielle und kommerzielle Kapital war, wie man weiß, schon das Jahr 1904 in seinem Gesamtabschluß ein gutes. In der nunmehr abgelaufenen Jahresperiode werden sich also die Gewinne und Profite noch höher stellen. Für die Unternehmungen, die ihr Geschäftsjahr am 30. Juni beenden, stellt die „Voss. Stg.“ folgende „kleine“ Tabelle einer Anzahl von Dividenden, verglichen mit den für 1903/4 ausgeschütteten Gewinnen zusammen (alles in Prozenten):

	1904/05	1903/04
Böhmischer Gußstahlverein	12	10
Vöpperde Walzwerk	6	5
Hörder Bergwerk St.-Prioritäten	10	8
Phönix Bergwerk- und Hüttenges.	10	8
Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen	15	12
Verein. Stahlwerke van der Zypen	10	9
Wittener Gußstahl	13	6
Allgemeine Elektrizitätsges.	10	9
Dresdener Mühlenbau Sed	12	11
Düsseldorfer Waggonfabrik	17	14
Freund Maschinen	12	10
Görlitzer Eisenbahnbedarf	18	15
Humboldt Maschinen	7	5
Kirchner u. Co. Maschinen	14	7
Königszell Porzellan	12½	9
Ranger Gelbschrankfabrik	5	0
Zuckerfabrik Kruschwitz	20	10

Auch der Rundschauer des bürgerlichen Blattes findet die Erhöhungen der Dividenden „teilweise recht beträchtlich“. Für die Unternehmungen, deren

Geschäftsjahr sich mit dem Kalenderjahr deckt, liegen natürlich bisher nur Schätzungen pro 1905 vor. Das Bild ist dabei meist das gleiche wie oben. So gibt Ilse Bergbau für 1905 wahrscheinlich 16 Prozent Dividende statt 14 Prozent im Jahre 1904, die Oberschlesische Eisenindustrie-Gesellschaft 6 statt 4 Prozent, die Waggonfabrik Hofmann 20 statt 18, die Waggonfabrik Linke 15 bis 16 statt 12½, die Continental Kautschuk und Guttapercha 40 statt 33½, die Hannoverische Gummikamm-Comp. 15 statt 11, die Deutsche Spiegelglas-Aktiengesellschaft 17 statt 14, die Geresheimer Glashütte 10 statt 7½, die Hannoverische Papierfabrik-Aktiengesellschaft 10 statt 9 Prozent usw. Selbst die so lange niederliegende Zementindustrie schwingt sich unter der außerordentlichen Regsamkeit im Baugewerbe wieder zu einer ansehnlichen Rentabilität zahlreicher Fabriken empor.

Satte Zufriedenheit über das Erreichte und angenehme Erwartungen für die nächsten Monate klingen in Deutschland daher in den kapitalistischen Jahresbetrachtungen und Berichterstattungen vor, trotz der politischen und wirtschaftlichen Ummälzungen in Rußland und trotz mancher anderer Wetterzeichen innen und außen.

Ähnlich in England, dem ältesten Industriestaat, trotz Neuwahlen und trotz der Arbeitslosenungeben in London. Ähnlich im jüngsten Industriegroßstaat, in der nordamerikanischen Union, wo selbst der Aufschwung neuweltlich riesenhafte Dimensionen annimmt, wie wir sie bei uns nicht kennen.

Ob alle die heutigen kapitalistischen Blütenträume reifen werden?

Berlin, 31. Dezember 1905. Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Aufruf an alle Vorstände der Wahlvereine, der Gewerkschaftskartelle, der einzelnen Gewerkschaften usw. des Deutschen Reiches!

Die Unterzeichneten wenden sich in ihrem Kampfe gegen die von der Reichsregierung dem Deutschen Reichstage vorgelegten Entwürfe einer Erhöhung des Tabakzollens, der Tabaksteuer, sowie einer Cigarettenpapiersteuer, an die oben erwähnten Vorstände usw. mit dem Ersuchen, im Interesse der gesamten deutschen Arbeiter, diesem Kampfe ihre Unterstützung zu teil werden zu lassen.

Sollten diese Vorlagen Gesetz werden, würden nicht nur viele Zehntausende von Tabakarbeitern brotlos und mit ihren Familien dem Elend preisgegeben werden, sondern in der Wechselwirkung würde es sich nicht nur um Hunderttausende geschädigter Personen handeln, sondern diese Schädigung würde sich auf alle übrigen Industriezweige erstrecken und diese ebenfalls in Mitleidenschaft ziehen.

Die Unterzeichneten haben in ihrer Flugschrift Nr. 3, die Bedeutung dieser Gefahren für die ganze Arbeiterklasse klargestellt. Der Kampf gegen diese Schädigung der Arbeiterklasse ist daher nicht nur Aufgabe der Tabakarbeiter, sondern alle Arbeiter müssen an dem Kampfe teilnehmen.

Die sozialdemokratische Partei hat bei den früheren Projekten ähnlicher Art (Entwurf zur Einführung des Tabakmonopols 1882, Ein-

also eines Ausnahmegesetzes nach dem Muster der verscharrten deutschen Zuchtshausvorlage.

Ein gleicher Versuch der kapitalistischen Scharfmacher im Kanton Luzern vor 2 Jahren scheiterte an der ultramontanen Regierung und es besteht dennoch heute noch der Kanton Luzern, wie auch das Deutsche Reich trotz des Scheiterns der Zuchtshausvorlage noch existiert.

Bei dem brutalen und ausschließlichen Klassenregiment der Bourgeoisie einschließlich der Bauern im Kanton Bern ist an dem Zustandekommen eines Zuchtshausgesetzes kaum zu zweifeln. Kommt es, dann hoffen wir, daß es mächtig zur Bedeckung und Schärfung des proletarischen Klassenbewußtseins, zur Förderung und Erstarkung der Arbeiterbewegung beitragen wird. 3.

Wirtschaftliche Rundschau.

Börse und russische Konterrevolution — Günstigere Aussichten des Leihkapitalismus — Der Aufschwung von 1905: Produktion, Transport, Wechselstempel, höhere Preise und Dividenden.

Trotz der in den letzten Wochen vorübergehend sich ausbreitenden Glaubt, die vor allem die Börse betraf, lauten die kapitalistischen Rückblicke auf das Jahr 1905 und nicht minder die Ausblicke auf das kommende Jahr 1906 überwiegend günstig.

Die unüberbrückbaren tiefen Gegensätze zwischen den Hoffnungen des Kapitals und der Arbeit spiegeln sich darin wieder, daß noch kurz vor Jahresluß die Nachrichten über die brutale Niederwerfung des Moskauer Aufstandes und über das Wiedervordringen der russischen Konterrevolution die Wendung zu einer neuen Kaufströmung an der Berliner Börse, zum Teil auch im Auslande brachten. Das große Finanzkapital und das kleine Rentnertum begann jetzt wieder an die gesicherte Zahlungsfähigkeit des russischen Staates zu glauben; das in Ausland produktiv angelegte ausländische Kapital sieht das Ende der großen politischen Streiks näher rücken; der internationale Handel ersehnt das Ende der Störungen in der Ein- und Ausfuhr. Am 28. Dezember konnten daher nicht nur die bürgerlichen Blätter, bis weit in die Reihen der Linksliberalen hinein, über den „vernichtenden Schlag gegen die Sozialrevolutionäre“ jubeln; auch die russische Anleihe von 1880 stieg an dem gleichen Tage in Berlin von 80 auf 82, die Anleihe von 1902 von 81,40 auf 82,10, die von 1905 von 89,50 auf 90,90, die 4prozentige Staatsrente von 1894 von 77,10 auf 78,75 Prozent — von den Eisenbahnobligationen: Moskau-Kasjan von 82,50 auf 83,75, Moskau-Smolensk von 82,50 auf 84,75. Diese Vertrauensseligkeit wird sich freilich noch auf manchen harten Stoß gefaßt machen müssen, aber vorläufig wirkte sie förmlich ansteckend: ein großer Teil des Berliner Kurszettels erfuhr in den letzten Dezembertagen bemerkbare Steigerungen, nachdem seit den letzten Oktobertagen, abermals im Zusammenhang mit den russischen Ereignissen und mit der Erschütterung der russischen Werte, der Druck von der Börse nicht gewichen war.

Als zweiter Hoffnung weckender Faktor wirkt gleichzeitig die sich ankündigende Erleichterung des Leihkapitalmarktes. Das sprunghafte Anziehen des Reichsbankdiskontes bis zu dem außerordentlichen Satze von 6 Prozent war für die expansionslüsterne Industrie und die wogelustige Bankwelt eine unangenehme Hemmung und stellte weitere Belästigungen in Aussicht. Der Regierungs-

rat Dr. Voelcker, einst in Berlin und im Reichsamt des Innern, jetzt in Düsseldorf als Direktor des Stahlwerksverbandes, befürchtete z. B. einen fühlbaren Rückschlag für die Eisenindustrie, wenn die Baugewerbe infolge des „teueren Geldes“ ihre Tätigkeit und damit die Nachfrage nach Bau- und Handelseisen wesentlich einschränkten. Der Gipfel der Anspannung — und zugleich der vorsichtig warnenden Zurückhaltung der großen Bankzentralen — scheint jedoch nunmehr überschritten. Für das Frühjahr erwartet man vielfach sogar eine verhältnismäßige Geldfülle und damit wieder eine größere Elbogenfreiheit für den Unternehmungstrieb.

Trotz der erwähnten Störungen der letzten Monate kann das Kapital mit dem wirtschaftlichen Gesamtverlauf des Jahres 1905 reichlich zufrieden sein. Selbst die deutsche Steinkohlen-gewinnung überstieg, trotz des Riesenstreiks der Bergarbeiter, die Produktion des Vorjahres; bis Ende November betrug sie 110,67 Millionen Tonnen gegen 109,63 Millionen Tonnen im gleichen vorjährigen Zeitraum. Aber für den viel rascher gewachsenen Brennstoff-Mehrbedarf der vollbeschäftigten deutschen Industrie spricht die Steigerung der Einfuhr: bei Steinkohlen (immer in den statistisch nachgewiesenen ersten elf Monaten) von 6,64 Millionen Tonnen auf 8,61 Millionen Tonnen, also um fast 2 Millionen Tonnen, während die Ausfuhr deutscher Steinkohlen nur um 213 000 Tonnen höher stand — bei Koks um 155 000 Tonnen, bei Braunkohlen um 213 000 Tonnen, während gleichzeitig die deutschen Braunkohlengruben gleichfalls 3,20 Millionen Tonnen (47,43 gegen 44,23 Millionen Tonnen) mehr lieferten als in den elf Vorjahrsmonaten. Deutschlands (und Luxemburgs) Roheisenerzeugung hat überhaupt nur in dem einen Jahre 1901 vorübergehend an Umfang eingebüßt — die Krise kam hier vorwiegend in Preisnachlässen und Schleuderexporten zum Ausdruck. 1905 stellt deshalb das bisherige Höchstjahr dar: mit etwa 10,9 Millionen Tonnen gegen 10,06 Mill. Tonnen in 1904, 10,02 Mill. Tonnen in 1903, 8,53 Mill. Tonnen in 1902 und 7,88 Millionen Tonnen in 1901. Der deutsche Eisenbahnverkehr verzeichnet ebenfalls Rekordziffern, obwohl ihm im Jahre 1904 die abnorme Trockenheit des Wetters und die Nichtbenutzbarkeit vieler Wasserwege ausnahmsweise Transportmengen zuführte. Bis Ende November bereits stellte sich nach dem Reichseisenbahnamt bei den Bahnen mit dem am 1. April beginnenden Rechnungsjahr ein Plus in Höhe von 68,88 Millionen Mark (bei einer Gesamteinnahme von 1224 Millionen Mark) heraus, bei den Bahnen mit dem am 1. Januar beginnenden Rechnungsjahr weiter noch ein Plus von 7,69 Millionen Mark (bei 216,25 Millionen Mark Gesamteinnahme). Entscheidend war dabei das Wachstum des Güterverkehrs, das schließlich den Wagenmangel schlimmer als je empfinden ließ. Für die Lebhaftigkeit und Größe der geschäftlichen Transaktionen, in erster Linie des Warenumschlages, bietet sich ferner ein ganz guter Maßstab in der Wechselstempelsteuer. Hier brachten die acht Monate vom 1. April (dem Beginn des Reichsfinanzjahres) bis Ende November eine Steigerung gegen das Vorjahr um über ein Neuntel (rund 1 Million Mark mehr, bei einem Gesamtertrag dieser Steuer von 9,59 Millionen Mark im bisher laufenden Jahr).

Doch nicht nur die Höhe der Produktion und die Mengen des Absatzes schufen für das Kapital ein befriedigendes Jahr. Auch in den Preisen be-

geld soll nach einjähriger Mitgliedschaft 25 Mk. betragen, steigend mit jedem Jahre um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 50 Mk. An Beitragserhöhung wird 10 Pf. pro Woche vorgeschlagen, wovon die Mehrausgaben gedeckt werden sollen.

Im Verbands der Schuhmacher sind soeben Fragebogen zur Ermittlung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Schuhindustrie im Jahre 1905 versandt worden.

Der Vorstand des Steinarbeiter-Verbandes hat einen Entwurf für die nächste Generalversammlung betreffs Einführung der Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen veröffentlicht. Die Krankenunterstützung soll demnach nach 52wöchiger Mitgliedschaft 75 Pf. pro Tag betragen für die Dauer von 6 Wochen, steigend bis zu 12 Wochen nach dreijähriger Mitgliedschaft. Das Sterbegeld beträgt nach dreijähriger Mitgliedschaft 30 Mk. und wird an die hinterbliebene Ehefrau bzw. Kinder ausgezahlt. Beabsichtigt bzw. gewünscht war eine Vorlage betreffend Erwerbslosenunterstützung. Die seit dem letzten Verbandstage geführte Statistik ergab indessen ein solches Resultat, daß der Vorstand infolge der damit verbundenen enormen Mehrausgaben davon Abstand nahm.

1 000 000 Flugblätter gegen die geplante Tabaksteuer versandte die Centralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands mit der Nr. 53 des „Tabakarbeiter“ vom 31. Dezember. Eine am 10. Dezember in Stuttgart stattgefundene Konferenz der württembergischen Tabakarbeiter nahm eine Protestresolution gegen die erhöhte Tabaksteuer an, die für etwa 40 000 Tabakarbeiter die Vernichtung ihrer Existenz bedeuten würde.

Am 25. Dezember 1905 waren 40 Jahre verfloßen, seitdem eine centralistische Organisation der deutschen Cigarrenarbeiter gegründet wurde. Wir kommen in einem besonderen Aufsatz auf das Ergebnis zurück.

„Der Zimmerer“ veröffentlicht das endgültige Resultat der Erhebungen über die Arbeitslosigkeit am 10. Oktober 1905 im Vergleich zu den Erhebungen für den 11. Oktober 1899, den 14. Oktober 1902, den 14. Oktober 1903 und den 14. Oktober 1904.

Jahr	Es beteiligten sich		Nicht arbeitslos waren		Arbeitslos waren wegen					
	Zahlstellen	Mitglieder	Mitglieder	in Proz.	Krankheit	in Proz.	Bitterungseinfluß	in Proz.	Arbeitsmangel	in Proz.
1899	247	12975	12374	95,38	254	1,96	43	0,33	304	2,34
1902	398	22991	20964	91,18	422	1,84	106	0,46	1500	6,52
1903	430	28199	26140	92,50	611	2,16	154	0,54	1294	4,60
1904	473	33125	30863	93,17	725	2,19	159	0,48	1378	4,16
1905	477	32027	29515	92,15	669	2,09	614	1,92	1229	3,84

Aus der Statistik sind die Zahlstellen ausgeschieden, welche sich im Lohnkampfe befanden. Es waren dies am 10. Oktober v. J. 5 Zahlstellen mit 831 Mitgliedern.

Anschlußbestrebungen im Graphischen Gewerbe.

Ein kleiner Verband, der der Xylographen, macht jetzt lebhaftest Anstrengung, bei dem Senefelder-Bund unterzukommen. Zu offiziellen Verhandlungen ist es bis jetzt noch nicht gekommen, vorläufig wird die Frage in den Organen der beiden beteiligten Gewerkschaften lebhaft diskutiert. Die Bewegung ist nicht ohne Vorgeschichte. Bekanntlich

kämpft der Holzschnitt mit der Zinkographie und der Autotypie um seine Existenzberechtigung, und dieser Kampf ist zum Teil schon entschieden. Die belletristische Gruppe des Holzschnittes ist dabei unterlegen. Während früher dieser Beruf zahlreichen Kollegen ein gutes und reichliches Auskommen verschaffte, sind jetzt nur noch wenige Kräfte in ihm tätig. Viele, die in ihm eine sichere Lebensstellung vermuteten, waren plötzlich gezwungen, einen anderen Beruf zu ergreifen. Was war da natürlicher, daß sie sich dem Chemigraphenberuf zuwandten, der ihnen doch am nächsten lag, der ihnen aber auch ihr bisheriges Arbeitsfeld weggenommen hatte. So wurden von 45 Belletristern, die in Leipzig einen anderen Beruf ergreifen mußten, 25 Chemigraphen. Zu der Zeit, als die Chemigraphie noch keinen genügenden Nachwuchs hatte, war dies natürlich ohne große Schwierigkeiten möglich, man war froh, daß man Ueberläufer bekam. Jetzt liegen die Dinge jedoch anders, die Chemigraphen haben genügenden Nachwuchs, ja sie waren sogar gezwungen, gegen Lehrlingszüchtereien, Volontäruntersuchen und auch gegen Ueberläufer einzuschreiten, da sonst ihr Beruf bald überschwemmt wäre. Eine notwendige Folge wäre natürlich ein Sinken des Lohnes. In dem bekannten Tarif ist auch eine Bestimmung enthalten, wonach der Bedarf an Arbeitskräften durch den Arbeitsnachweis der Chemigraphenorganisation zu entnehmen ist, erst dann, wenn keine Arbeitswillige vorhanden sind, kann der Bedarf anderweitig gedeckt werden. Dadurch ist es den Xylographen sehr schwer gemacht, überhaupt in der Chemigraphie unterzukommen, da in den meisten Fällen eben erst die arbeitslosen Chemigraphen zu berücksichtigen sind. Da war es denn natürlich, die Frage der Ueberläufer durch die Organisation zu lösen, vielleicht durch einen Gegenseitigkeitsvertrag oder aber durch Anschluß an den Senefelder-Bund. Auf einen Gegenseitigkeitsvertrag werden sich die Chemigraphen wohl um so weniger einlassen, da der Verband der Xylographen nicht in der Lage ist, Gegenseitigkeiten zu bieten, denn es wird kaum vorkommen, daß Mitglieder des Senefelder-Bundes zu den Xylographen übertreten, die dann eventuell als vollberechtigte Mitglieder dort aufgenommen würden. Durch einen Anschluß an den Senefelder-Bund aber hofft man vielleicht eine Aenderung des Ueberläufer-Passes in den Tarif zu bringen oder zum wenigsten eine mildere Auffassung herbeizuführen, um so mehr, als die Ueberläuferfrage anfängt, aktuell zu werden. Bekanntlich haben viele Inhaber von Xylographischen Anstalten die Entwicklung im Beruf sehr gut verstanden, in vielen Fällen gingen sie dazu über, eigene chemigraphische Abteilungen zu gründen. Andere, die dem Holzschnitt nicht untreu werden wollten, wurden schließlich von der Konkurrenz gezwungen. In diesen Betrieben arbeiten die Angehörigen der beiden Berufe friedlich nebeneinander. Kann nun der Prinzipal seine Holzschneider, die vielleicht 10 bis 20 Jahre bei ihm sitzen, nicht mehr im Holzschnitt beschäftigen, kann man es ihm da verdenken, daß er diese Leute in der chemigraphischen Abteilung als Nachschneider usw. verwendet? Dieser Fall ist bei der bekannten Anstalt von Weber in Leipzig jetzt vorgekommen. Um ihren alten Holzschneidern, für die sie jetzt keine Verwendung mehr hat, ihr späteres Fortkommen zu erleichtern, hat sie dieselben in der Chemigraphie ausgebildet. In dem ersten Falle hat der Senefelder-Bund den Ueberläufer anstandslos aufgenommen, nachher aber glaubten die Chemi-

führung einer Tabakfabriksteuer 1893—95) in den ersten Reihen der Kämpfer zur Bekämpfung dieser Projekte gestanden. Wir rechnen auch jetzt darauf, daß alle Arbeiter Schlichter an Schulter stehen werden, um diese Entwürfe zu Fall zu bringen.

An die Parteigenossen im ganzen Reich wenden wir uns daher mit der Bitte, uns bei der Verteilung dieser Flugschrift unterstützen zu wollen.

Die Versendung erfolgt unsererseits kosten- und portofrei und würde sich die Verteilung dieser Flugschrift in Volks-, Wahlvereins-, Gewerkschafts- sowie ebenfalls in Protestversammlungen sehr empfehlen.

Schriftliche Bestellungen der Vorstände oder Versammlungsleiter werden mit Angabe der genauen Adresse, sowie der gewünschten Zahl der Exemplare unter der Adresse **Karl Butry, Straßsunderstr. 41 III, Berlin N. 31**, entgegen genommen.

Die Generalkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

Wilhelm Börner, Vorsitzender.

Alle Arbeiterblätter werden um gefälligen Abdruck gebeten. D. O.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Buchbinderverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 1905 insgesamt 17 121 Mitglieder, davon 6652 weibliche. Der Klassenbestand betrug 294 135,86 Mk.

Der Vorstand des Verbandes der Buchdruckereihilfsarbeiter hat einen obligatorischen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche für die Dauer von sechs Wochen ausgeschrieben.

Der Verband der Handschuhmacher zählte am Schlusse des dritten Quartals 3789 Mitglieder. Der Zuschußkasse des Verbandes gehörten davon 1928 Mitglieder an.

Eine Konferenz der im Holzarbeiter-Verbande organisierten Modellistiker findet am 23. und 24. März in Halle a. S. statt.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht in Nr. 51 eine Tabelle über die Arbeitslosigkeit im Holzarbeiter-Verbande während des letzten Jahres, der wir folgendes entnehmen:

Monat	Mitgliederzahl am Schluß des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte		Durchreisende am letzten Tage des Monats
		Gesamtzahl	am 30. Nov.	
November 1905	127716	6898	1909	124
Oktober	125113	7216	1984	155
September	121076	5782	1060	172
August	118582	6513	901	196
Juli	114580	7455	1134	268
Juni	113123	6064	1227	279
Mai	110459	6271	1284	351
April	109089	5774	1765	213
März	107842	6146	1559	176
Februar	105903	6375	1917	185
Januar	104438	7432	2692	180
Dezember 1904	102299	5597	2782	232
November	102030	5079	1451	161

Nr. 1

Monat	Unterstützung haben erhalten					
	Arbeitslose am Orte			Arbeitslose auf d. Reise		
	Mitgl.	Tage	Mk.	Mitgl.	Tage	Mk.
Nov. 1905	1921	18458	22358	3173	5334	4886
Ok.	1536	14250	17568	3873	6334	5975
Sept.	823	6722	9187	4995	8428	8078
August	975	6869	9059	5452	9479	9000
Juli	1272	9745	12918	7018	11960	11603
Juni	1450	13673	18625	6951	11643	11300
Mai	1649	13366	19267	7506	11905	11597
April	1647	15615	23466	4021	6316	6219
März	2177	18596	24776	3768	5704	5412
Febr.	2823	25808	34019	3495	5588	5231
Jan.	3736	39580	55210	3528	5263	5179
Dez. 1904	2235	25949	37986	3392	5249	4968
Nov.	1685	17446	22562	3564	5527	5233

Noch in der Nr. 51 des beendigten Jahrganges konnten wir mitteilen, daß das vom Verbandsrat herausgegebene Werk **Karl Frohmes, „Arbeit und Kultur“**, bereits in zweiter Auflage erschienen. „Der Grundstein“ teilt nun mit, daß auch diese zweite Auflage überzeichnet ist, so daß noch eine dritte in Auftrag gegeben werden mußte.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hatte am Jahreschlusse eine Auflage von 265 300 erreicht. Am 18. November war, wie bekannt, die Auflage 250 000, in sechs Wochen also eine Steigerung um 15 300.

Eine Erhebung über die Zahl der Mitglieder sowie deren Mitgliedschaftsdauer findet zurzeit im Metallarbeiter-Verbande statt.

Der Vorstand und Beirat des gleichen Verbandes haben Uebertrittsbestimmungen zum Metallarbeiter-Verband für Vereinigungen und deren Mitglieder ausgearbeitet, die am 1. Januar d. J. in Kraft traten. Die Uebertrittsbestimmungen regeln den Uebertritt sowohl für ganze Organisationen wie für deren einzelne Mitglieder nach einem einheitlichen Maßstab. Sie sind in Nr. 51 der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 23. Dezember 1905 veröffentlicht worden.

Im Verbandsrat der Porzellanarbeiter soll eine nach Branchen geordnete Statistik über die Zahl der Beschäftigten aufgenommen werden, um das Zahlenverhältnis zwischen organisierten und unorganisierten festzustellen. Desgleichen werden zur Ermittlung der Löhne dieselben Formulare wie im Jahre 1905 herausgegeben.

Der Vorstand des Verbandes der Schmiede unterbreitet dem 10. Verbandstage einen Entwurf auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung an Stelle der bisherigen Arbeitslosenunterstützung. Desgleichen wird nach der Verlage die Einführung eines Sterbegeldes beabsichtigt. Ferner beantragt der Vorstand, Mitgliedern, die eigenen Hausstand führen, eine Umzugskostenentschädigung, steigend von 20 Mark nach 52 wöchiger Mitgliedschaft bis zu 45 Mark nach 312 Beitragswochen. Die Erwerbslosenunterstützung soll für höchstens 60 Tage außer die Sonntage gezahlt werden und zwar mit 1 Mk. pro Tag nach 52 Wochen Beitragsleistung, steigend auf 1,50 Mk. pro Tag nach 156 Wochen und 2 Mk. pro Tag nach 312 Wochen Beitragsleistung. Das Sterbe-

aber darum mit Ausdauer und Umsicht geführten Kampf vorzubereiten, predigt die sog. „unabhängige“ Seite die spontanen Ausstände, die „action directe“ der französischen Hitzköpfe, und wenn Organisationen, dieses Treibens im „Nat. Arb.-Secr.“ müde, sich von letzterem zurückziehen, so trachtet man diese Organisationen durch Errichtung von „Freien Organisationen“, „Föderationen“ zu zersplittern. Man wirft, ohne genügende Vorbereitung, mitunter selbst ohne Unterhandlung und ohne Mittel (die Solidarität muß ja dafür sorgen) die Arbeit nieder, und wenn andere Mitarbeiter erst durch die Verwaltungen ihrer Organisation in Unterhandlung treten wollen, so werden sie Streikbrecher und Verräter genannt. Ein Bericht über die Aussperrung der Bauarbeiter in Amsterdam wird diese Methode genügend illustrieren. Ein Glück für die Gewerkschaftsbewegung, daß der größte Teil der Gewerkschaften (zwei mit 19 000 Mitgliedern) sich zu einem neuen Ganzen zusammenschließt, dessen Landeszentrale am 1. Januar 1906 ihre Wirksamkeit begann. Das alte Nationalarbeitssekretariat umfaßt kaum noch 4000 wirkliche Mitglieder. Hoffen wir, daß mit dem Erstarken der neuen Bewegung endlich die dunklen Wolken am niederländischen Horizont verschwinden und neue Organisation, Kraft und Ausdauer der Arbeiterklasse nach ihren bisherigen Niederlagen den Sieg verbürgt.

Dordrecht.

A. Janzen.

Gewerkschaften in West-Australien. Seit 1901 hat sich die Zahl der gewerkschaftlichen Organisationen in West-Australien mehr als verdoppelt und auch die Mitgliedschaft nahm rasch zu; es bestanden 1901: 54 einzelne Vereine, 1902: 78, 1903: 127, 1904: 132. Behördlich neu registriert sowie aufgelöst wurden:

	Neu registriert	Aufgelöst
1902	29 Vereine	5 Vereine
1903	53 „	4 „
1904	24 „	19 „

Verbände von Vereinen existierten: Ende 1901 und 1902: je 2, 1903: 3, 1904: 6. Die Mitgliederzahl stieg von 8920 in 1901 auf 11 442 im Jahre 1902; 15 294 i. J. 1903 und 15 743 i. J. 1904. Im letzten Jahre (1905) hatten alle Vereine zusammen etwas über 16 000 Mitglieder; die genaue Ziffer wird vom Arbeitsamt erst später mitgeteilt. Die meisten Organisationen bestehen im Bergbau. Hinsichtlich der Finanzgebarung liegen von 73 Vereinen mit 11 070 Mitgliedern Angaben vor. Ihre Einnahmen betragen im Jahre 1904 25 914 Pfund Sterling (à 20 Mk.), die Ausgaben 23 957 Pfund Sterling, der Vermögensstand 17 982 Pfund Sterling. Die Ausgaben verteilten sich wie folgt:

	1903 Pfund Sterl.	1904
Unterstützung bei Krankheit, Unfällen, Arbeitslosigkeit	3 390	4 415
Begräbniskostenbeiträge	2 147	2 098
Verwaltung	10 849	9 936
Sonstiges	8 008	7 508
Zusammen	24 889	23 957

Vor den Einigungsämtern und dem Zwangsschiedsgericht wurden 1901 4 Arbeitsstreitigkeiten ausgetragen, 1902: 45, 1903: 86, 1904: 49; ohne Intervention der staatlichen Organe sind in diesen Jahren Tarifverträge abgeschlossen worden: 2, 5, 4 und 10. Der größte Teil der Konflikte wird durch das Schiedsgericht erledigt. Der Staat hat seit Be-

stand des Gesetzes über Zwangsschiedsgerichte für dessen Durchführung 5410 Pfund Sterling ausgeben.
H. F.

Kongresse und Generalversammlungen.

1. Verbandstag des Verbandes der Schirmmacher Deutschlands.

Frankfurt a. M., vom 31. Dezember 1905
und 1. und 2. Januar 1906.

In der Branche der Schirmmacher sind ungefähr 1000 männliche und 5000—6000 weibliche Arbeiter beschäftigt. Dreiviertel der Arbeit wird in der Heimarbeit hergestellt. Der Lohn beträgt im Durchschnitt 27—30 Mk. pro Woche für Männer, da aber im Jahr zweimal die tote Saison eintritt, und lange Arbeitslosigkeit die Folge ist, so ist das Jahreseinkommen dennoch ein geringes. Der Lohn der Arbeiterinnen beträgt bei Anfängerinnen pro Woche 10 Mk. Die Arbeiterinnen waren bisher nicht Mitglieder des Verbandes. Der diesmalige Verbandstag beschloß, auch diese in die Organisation aufzunehmen.

Bis vor einem Jahre bestanden in Köln, Düsseldorf und Berlin Lokalorganisationen. Im September 1904 beschloß ein Delegiertentag, einen Verband zu gründen. Derselbe begann vom 1. Januar 1905 ab mit 10 Zahlstellen und 150 Mitgliedern seine Tätigkeit.

Auf dem diesmaligen Verbandstag sind 15 Delegierte und 3 Vertreter des Vorstandes anwesend. Die Generalkommission hat ebenfalls einen Vertreter entsendet.

Zurzeit bestehen 16 Zahlstellen mit 400 Mitgliedern. Der Kassenbestand beträgt 501 Mk.

Lohnbewegungen führten die Zahlstellen Köln, Elberfeld-Barmen und Düsseldorf. In Breslau hat ein Streik stattgefunden. Sämtliche Bewegungen wurden mit Erfolg beendet.

Dem Vorstande wird einstimmig Decharge erteilt.

Das Statut erfährt eine vollständige Umarbeitung. Der Beitrag für männliche Mitglieder wurde von 25 auf 35 Pf. pro Woche erhöht. Der Beitrag der weiblichen Mitglieder wird auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt und das Eintrittsgeld auf 25 Pf., während das der männlichen 50 Pf. beträgt. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz, Reiseunterstützung nach zwölfmonatlicher Mitgliedschaft pro Tag 50 Pf., bis zu der Höhe von 18 Mk. im Jahre, — Streik-, Aussperrungs- und Maßregelungsunterstützung nach Maßgabe der Kassenverhältnisse, sowie die unentgeltliche Zustellung des Fachorgans.

Der Sitz des Vorstandes ist Düsseldorf.

Als Sitz des neu einzuführenden Ausschusses wird Hamburg bestimmt.

Nach eingehender Diskussion wird gegen 2 Stimmen beschlossen, daß der Verband den Anschluß an die Generalkommission beantragen soll.

Im Punkt „Tarifverträge“ kommt zum Ausdruck, daß die Organisation die Einführung eines Minimaltarifs für ganz Deutschland für zweckmäßig hält. Der Verbandstag beauftragte den Vorstand, eine Erhebung über die Lohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsverhältnisse in allen Orten der Schirmfabrikation vorzunehmen und dem nächsten Verbandstage, der in zwei Jahren stattfinden soll, einen Tarifentwurf vorzulegen.

graphen, daß ein gewisses System in der Sache wäre, und sie werden die Angelegenheit vor ein Schiedsgericht bringen.

Die Chemigraphen, die sich bisher in der Presse oder in Versammlungen (Leipzig) zu der Sache geäußert haben, nehmen eine scharfe Stellung zu den Anschlußbestrebungen ein. Die Holzschneider seien schlechte Gewerkschaftler! In Sachen der Lehrlingszuchterei, ferner in der Bekämpfung der Hausarbeit sollen sie nichts geleistet haben! Der erste Vorwurf ist nicht stichhaltig, selbst wenn er wahr wäre. Die Gewerkschaften haben sich um das Vorleben ihrer Neueintretenden bis jetzt wenig bekümmert, häufig haben sie sogar Nichtmitglieder von den christlichen und auch von den Hirsch-Dunderschen Verbänden übernommen. Der erzieherische Einfluß der Gewerkschaften ist noch immer mit Recht hervorgehoben, sollte er hier versagen? Der zweite Vorwurf ist sehr naiv, besonders wenn man bedenkt, daß er in Leipzig erhoben wurde. Der Xylographenverband hat in der Bekämpfung der Lehrlingsfrage seinen Mann gestanden, schon zu einer Zeit, als die Chemigraphie noch in den Kinderschuhen steckte. Der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben, so gibt es jetzt in Leipzig bei über 100 Holzschneidern etwa 2 Lehrlinge. Trotzdem soll der Verband nichts geleistet haben!

Die Bekämpfung der Hausarbeit ist aber bei uns so schwierig als wie in jedem anderen Betriebe, und wenn die Chemigraphen in ihrem Verufe keine Heimarbeit kennen, so liegt das eben an dem Beruf selbst, der sich für Hausarbeit nicht eignet. Wie man sieht, sind diese Einwände nicht so stichhaltig, als daß nicht eine Einigung erzielt werden könnte.

Größer schon sind die Schwierigkeiten auf Seiten der Xylographen.

Der jetzige Beitrag zur Gewerkschaft beträgt bei ihnen 1,80 Mk. monatlich, während der Senefelder-Bund 1,20 Mk. wöchentlich verlangt. Die Differenz ist ja hier eine ziemlich große, aber das wäre noch zu ertragen. Das Krankenkassenwesen bildet wohl das größte Hindernis. Für die 700 bis 800 Xylographen im Deutschen Reich gibt es nicht weniger wie 5 Krankenkassen, die im Durchschnitt etwa 18 Mk. Krankenunterstützung auszahlen.

Trotz diesen 5 Kassen gibt es noch eine Anzahl Kollegen, die keiner Kasse angehören können, weil jede Kasse einen streng abgegrenzten Tätigkeitsbereich hat, und eine Anzahl Städte in diesen Bereich nicht eingezogen sind: z. B. Köln, Elberfeld, Hamburg usw. Einige von diesen Kassen sind schon ziemlich alt, in ihnen findet man auch noch manchen Prinzipal von der alten Schule, und daß diese sich einem eventuellen Einigungsversuch am meisten entgegen setzen würden, liegt klar auf der Hand. Auch eine Anzahl älterer Kollegen, die mit Krankheit häufiger geplagt werden, werden wohl nicht einverstanden sein, wenn sie statt der bisherigen Unterstützung von 18 Mk. in Zukunft 12 Mk. vom Senefelder-Bund bekämen. Es wird da wohl noch manchen harten Kampf kosten, bis die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen für eine Einigung gewonnen werden können. Aber schließlich sind auch diese Hindernisse nicht so groß, als daß sie nicht ein eiserner Wille, verbunden mit Zähigkeit und Ausdauer, sie überwinden könnte. Vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung wäre es freudig zu begrüßen, wenn der kleine Verband der Xylographen aufginge in den Senefelder-Bund. Durch eine Ver-

schmelzung könnten beide Parteien nur gewinnen, die Schlagfertigkeit und Widerstandsfähigkeit würde dadurch nur gehoben. Die Solidarität der Arbeiter, die sich häufig schon so glänzend bewährt, — sie wird und muß auch hier siegen.

Elberfeld.

Lauters.

Internationales.

Die organisierten Steinseker der Schweiz sind dem schweizerischen Steinarbeiterverbande beigetreten. Der Vorstand des letzteren hat die Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Sekretariat der im Straßenbau beschäftigten Arbeiter übernommen, so daß die Steinsekersektion des Verbandes die Mitgliedschaft des Internationalen Steinsekersekretariats besitzt.

Die niederländische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1905.

Das verflossene Jahr war im allgemeinen nicht sehr günstig für die Arbeiterverhältnisse. Außer den Nahrungsmittelberufen herrschte im allgemeinen eine gedrückte Stimmung, nur in der Diamantindustrie war das ganze Jahr hindurch große Prosperität. In der Metallindustrie waren die Arbeitsverhältnisse nicht günstig, ebenso im Schiffbau; in den graphischen Berufen war nicht viel Arbeitslosigkeit, auch in der Textilindustrie waren normale Verhältnisse, im Baubetriebe aber sehr wenig Aufbesserung und in der Konfektion große Schlassheit. Wiewohl in den meisten Städten die Lebensmittelpreise stiegen, blieben doch die Löhne im allgemeinen stabil, ja, sie zeigten im Gegenteil durch Verminderung der Arbeitszeit in vielen Fällen eine Reduktion des wöchentlichen Einkommens. Doch hatten in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres die niederländischen Arbeiter noch verschiedene Kämpfe zu führen, teilweise gegen Lohnreduktion, teilweise für Lohnerhöhung, auch verschiedene Male gegen Maßregelung. Es fanden bis 1. Oktober 1905 84 Ausstände mit 3070 Beteiligten und 110 750 Tagen Arbeitsverlust, vier Aussperrungen mit 2035 Beteiligten und 2364 Tagen Verlust statt, während von 7 Ausständen teilweise die Angaben fehlen; 63 Ausstände und Aussperrungen entstanden wegen Lohndifferenzen, drei für Verkürzung der Arbeitszeit und 27 wegen diverser Ursachen; 27 Kämpfe fanden in den Baubetrieben, 24 in der Tabakindustrie, 13 im Transport- und 29 in anderen Betrieben statt. Von diesen Kämpfen endeten 15 mit 833 Beteiligten und 3000 Tagen Arbeitsverlust erfolgreich; 29 mit 872 Beteiligten resp. 9598 Tagen erfolglos und 64 mit 3400 Beteiligten resp. 100 516 Tagen Verlust mit einem Vergleich. Sehr reich sind diese Kämpfe insofern, als sie uns zeigen, daß gerade in den erfolglosen Kämpfen verhältnismäßig der meiste Arbeitsverlust zu verzeichnen ist, und zwar meist dort, wo entweder keine oder nur schwache Organisation vorhanden ist. Dagegen sehen wir überall, selbst in kleinen Städten, Arbeitgebervereine der verschiedensten Berufe errichten, teilweise um die Konkurrenz zu beschränken, hauptsächlich aber um die Arbeiter unter dem Daumen zu halten. Man sollte nun glauben, daß die Arbeiter durch die bitteren Erfahrungen klüger würden und sich gegenüber der anwachsenden Macht der Arbeitgeber stark organisieren und nun endlich das Kriegsheil des gegenseitigen Haders begraben würden. Das Gegenteil ist der Fall; anstatt die schwachen Organisationen zu stärken, die Beiträge für eventuelle Kämpfe zu erhöhen, im allgemeinen einen wohl langsamen

Die Lehrlingszuchterei treibt in dieser Branche bedenkliche Blüten und war die Bekämpfung dieser Unsitte Gegenstand einer eingehenden Diskussion. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Der alte Vorstand wurde bis auf den Kassierer wiedergewählt.

Damit hatte der Verbandstag seine Arbeit erledigt.

Die 25. Konvention der American Federation of Labor.

In der pennsylvanischen Stadt Pittsburg, wo vor einem Vierteljahrhundert die Vertreter weniger Verbände die American Federation of Labor ins Leben riefen, wurde am Montag, den 13. November 1905, die 25. Konvention dieser Organisation eröffnet. Die Verhandlungen fanden in der „Alten Stadthalle“ statt. C. C. Douglas, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells von Pittsburg, entbot der Versammlung den Willkommengruß der organisierten Arbeiter des Centrums der amerikanischen Eisenindustrie; Richter J. B. Drew hielt in Vertretung des Bürgermeisters eine Ansprache, die von Präsident Gompers erwidert wurde. Hierauf begann die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten mit dem Berichte der Mandatprüfungskommission, demzufolge 311 Delegierte zur Teilnahme an der Konvention berechtigt waren; einige andere Delegierte wurden abgewiesen, weil ihre Verbände mit den Beiträgen im Rückstande sind. Insgesamt waren vertreten: 81 Centralverbände, 23 Staatscentralen, 73 Ortscentralen, 26 Lokalvereine und gemischte Gewerkschaften. Außerdem wohnten den Verhandlungen vier Vertreter ausländischer Organisationen und anderer Körperschaften bei.

Samuel Gompers erstattete seinen Rechenschaftsbericht, in welchem er die Ereignisse des abgelaufenen Jahres besprach. Er verwies insbesondere auf die gefährlichen Maßnahmen der Unternehmerverbände, die streben, die Gewerkschaften um jeden Preis zu zerstören, trotzdem die öffentliche Meinung immer mehr davon überzeugt wird, daß die Organisation für die Arbeiter unumgänglich und für die Allgemeinheit von größtem Vorteil ist. In dem benachbarten Canada haben die amerikanischen Centralverbände bereits festen Fuß gefaßt, ebenso wurden Porto Rico und die Philippinen in den Wirkungskreis der A. F. of L. einbezogen und dort die Grundlagen für den Ausbau der Gewerkschaftsorganisation geschaffen. Gompers drückte seine Freude darüber aus, daß der Ratschlag zu kräftiger Abwehr von Lohnkürzungen, den er den Delegierten auf der Konvention in Boston erteilte, von den Gewerkschaften befolgt wurde. Wenn in den letzten zwei Jahren der Eintritt einer allgemeinen industriellen Stagnation vermieden werden konnte und nun die Depressionsperiode endlich überwunden ist, so war das in erster Linie das Verdienst der organisierten Arbeiter, die durch ihren energischen Widerstand ein Herabsinken der Lebenshaltung hinderten und damit „eine Parität“ zwischen Produktion und Konsumtion zu erhalten vermochten. „Wenn die Scharen der organisierten Arbeiter unentwegt die Taktik des Widerstandes gegen Lohnreduktionen befolgen, wenn wir ohne Unterbrechung vorwärts schreiten und einen steigenden Anteil an den Produkten unserer Arbeit erlangen, wenn wir unseren eigenen Prinzipien treu bleiben, so werden wir nicht nur das Vertrauen der intelligenten Unter-

nehmer haben, sondern auch die alten Begriffe der Nationalökonomie zuschanden stellen und uns eine neue Lebensphilosophie begründen.“ Um das Wachstum und den Erfolg der Gewerkschaftsorganisationen zu sichern, müssen diese so ausgebaut werden, daß sie dem Arbeiter in allen Wechselfällen des Lebens Schutz zu bieten vermögen; sie dürfen nicht bloß Kampforganisationen sein, sondern haben mehr als bisher das Unterstützungswesen zu pflegen. Es wurde darauf verwiesen, daß in dieser Richtung schon bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen sind, „aber der Fortschritt ist nicht zufriedenstellend, weil er nicht allgemein ist; jeder hat es als seine Aufgabe zu betrachten, die Organisation von größerem Nutzen für unsere Arbeitsgenossen und die Menschheit zu machen.“ Gompers begrüßte die Delegierten aus Großbritannien und Canada und gab dabei der Hoffnung Raum, daß die Amerikaner auch mit den deutschen Gewerkschaften in dieselbe brüderliche Beziehung treten werden, „da früher oder später ein enger Zusammenschluß der organisierten Arbeiter der Welt stattfinden muß und die gegenseitige Entsendung von Delegierten zur Erreichung dieses Zieles gewiß viel beiträgt.“ Nicht nur die Freundschaft der Gewerkschafter in allen Ländern, sondern friedliche Beziehungen und Freundschaft aller Nationen müssen wir anstreben, sagte G.; wir müssen unseren ganzen Einfluß gegen die autokratische Gewalt geltend machen, die Völker in den Krieg treibt. — Gompers erhob Protest gegen die Feinde, die sich in die Reihen der Arbeiter selbst einschleichen, um sie zu entzweien; er legte die Schädlichkeit der Gründung einer zweiten Landescentralen klar, der „Industrial Workers of the World“, die nur den Zweck hat, die Entwidlung der Arbeiterbewegung zu hindern, obwohl dies unter der Maske des Radikalismus geschieht. Im weiteren wurden die Grenzstreitigkeiten der Gewerkschaften sowie die Forderung des Union Shop besprochen und die Notwendigkeit der Achtstundentagitation hervorgehoben. Von den Arbeitskämpfen fanden die Streiks der Schriftsetzer und der Textilarbeiter in Fall River spezielle Erwähnung. Ausführlich verbreitete sich Gompers über die Ausschließung der Chinesen, Japaner usw., den gesetzlichen Achtstundentag, die Einhaltsbefehle, die Gerichtsentscheide und schließlich über die Arbeiterpresse.

Sekretär Morrison erstattete den Bericht über die Finanzgebarung und die Mitgliederbewegung (vgl. „Corr.-Bl. 1905, Nr. 50), Schatzmeister Lennon machte Mitteilungen über die Vermögensverwaltung.

Am zweiten Tage verlas Duncan (Granithauer) den Bericht des Exekutiv-ausschusses, der die Bestrebungen zur Ausdehnung der Arbeiterbewegung auf noch unorganisierte Gewerbe vor Augen führt und sich mit den Einzelheiten der Grenzstreitigkeiten, der Arbeiterschutzgesetzgebung, ferner mit der Beschränkung der Kinderarbeit, der Initiative und dem Referendum, dem Frauenstimmrecht, der Tuberkulosebekämpfung und vielen anderen Gegenständen befaßte. — Das Revisionscomitée erklärte, die Finanzgebarung in allen Details in Ordnung gefunden zu haben. — Eine von O. Miller (Musiler) eingebrachte Resolution, die einhellig Zustimmung fand, beglückwünscht die Gewerkschafter von San Francisco zur Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters Eugen Schmitz, eines organisierten Arbeiters. Die Mandatprüfungskommission erstattete einen ergänzenden

Bericht, um einige neue Delegierte zuzulassen. Nachher sprachen J. A. Moffitt (Hutmacher) und F. Feeney (Elektorbauer) über ihre Delegation zum britischen Gewerkschaftskongress.

Am dritten Tage wurden verschiedene Anträge beraten; von den angenommenen seien hervorgehoben: zwei betreffend den Schutz der Seeleute, einer betreffend die rechtliche Gleichstellung der Seeleute in bezug auf den Arbeitsvertrag; eine Resolution, welche die Einschränkung der Gefängnisarbeit verlangt, um die Konkurrenz derselben mit der freien Arbeit aufzuheben; eine andere betreffend die Organisation der Stenographen, Maschinenschreiber usw.; ferner wurden mehrere Resolutionen angenommen, die Neuerungen im Postwesen verlangen (z. B. Errichtung von Postsparrassen). Von der Centralregierung wird gefordert, daß sie die Herstellung von Kriegsmaterial in größerem Umfange als bisher in eigenen Werkstätten betreibe, statt sie privaten Kontraktoren zu überlassen. Die Konvention beschäftigte sich außerdem mit der Frage des Frauenstimmrechts und sprach den Angestellten im Dienste der Regierung und öffentlicher Korporationen ihre volle Unterstützung bei den Bestrebungen aus, sich ihre bürgerlichen Rechte ungeschmälert zu wahren — da man nach europäischem Muster daran gegangen ist, ihnen dieselben in verschiedener Weise zu verkürzen. — Herr Paul Kennedy, vom New Yorker Comité zur Bekämpfung der Tuberkulose, hielt einen Vortrag, in welchem er die Methoden der Verhütung und Heilung dieser Volkskrankheit erörterte. Es wurde beschlossen, die von dem Redner beigebrachten Diagramme usw. auf Kosten der A. F. of L. zu veröffentlichen und zu verbreiten, in der Voraussetzung, daß hiermit der Arbeiterschaft ein Dienst erwiesen wird.

Der folgende Verhandlungstag brachte längere Ansprachen von William Moses und David Gilmore, Delegierten des britischen Trade Unions-Kongresses, Wm. Todd, Vertreter des canadischen Gewerkschaftskongresses, sowie seitens der Vorsitzenden und der Sekretärin der Frauengewerkschaftsliga, Miss Mary Mc. Dowell und Miss Gertrude Barnum. Den Frauenagitorinnen wurde die ausgiebigste Hilfe der A. F. of L. in Aussicht gestellt, da die Delegierten die Notwendigkeit einer besseren Organisation der Arbeiterinnen einsahen. Endlich kam noch eine Rede des Pastors Charles Stelgle an die Reihe, eines ehemaligen Maschinenbauers, der seiner Gewerkschaft treu geblieben ist und der die Arbeiter von der Freundschaft der Kirche zu überzeugen suchte. Am 17. November sprach übrigens noch ein zweiter Geistlicher. Pastoren dürfen bei amerikanischen Gewerkschaftskongressen eben nicht fehlen. . . . Der Vorschlag, eine einheitliche Gewerkschaftsmarke einzuführen, wurde zur weiteren Beratung dem Exekutivauschuß überwiesen. Dieser erhielt auch den Auftrag, der Organisation der Zuckerrafinerie sein Augenmerk zuzuwenden. Die übrigen Beschlüsse dieses Tages sind nicht bemerkenswert.

Am 18. November wurde den russischen Freiheitskämpfern die Sympathie der amerikanischen Arbeiter bekundet. Ferner befaßte sich die Konvention mit der Frage der Ueberführung der Telegraphensysteme aus den Händen privater Gesellschaften in den Besitz der Nationalregierung. Eine hierauf bezügliche Resolution wurde an-

genommen. Das System der Befragung der Kandidaten bei politischen Wahlen in bezug auf ihre Haltung zur Arbeitsgesetzgebung, wie es seit einigen Jahren von der A. F. of L. gepflegt wird, fand aufs neue die Zustimmung. Dieses System hat sich wohl teilweise bewährt; oft ist aber den Arbeitern die Enttäuschung nicht erspart geblieben, daß die Kandidaten vor der Wahl alle möglichen Versprechungen abgaben, nachher als Abgeordnete jedoch alles vergessen hatten; so wird es wieder kommen! Der Schaffung von Versicherungseinrichtungen durch den Staat, wenn dieselben keinen Zwangscharakter haben, wurde im Prinzip zugestimmt. Der Exekutivauschuß erhielt den Auftrag, sich mit den Centralverbänden in den amerikanischen Staaten und in Europa ins Einvernehmen zu setzen, um die gegenseitige Anerkennung der Mitgliedsarten zu erlangen und solche Gewerkschafter, die seit mindestens drei Jahren organisiert sind, von der Zahlung der Aufnahmegebühr zu befreien, sobald sie sich bei dem ausländischen Bruderverband entsprechend melden. Ueber das Ergebnis ist der nächsten Konvention zu berichten.

Victor L. Berger (Schriftsetzer) brachte einen Antrag ein, der dahin ging, allen Gewerkschaftsführern, welche der Civic Federation angehören (also praktisch der ganzen Leitung der A. F. of L.), das Mißtrauen auszuspochen; begründet wurde derselbe damit, daß die Taktik, welche die Civic Federation verfolgt, nicht dem Interesse der Arbeiter entspreche, was der New Yorker Untergrund- und Hochbahnstreik beweise. (Der Vorsitzende der Civic Federation, Belmont, ist nämlich Präsident der betreffenden Bahngesellschaft; der Streik, bei welchem die Arbeiter den Tarif mißachteten, ging in wenigen Tagen verloren.) Als das Comité, dem der Antrag zur Beratung überwiesen war, seine Ablehnung empfahl, da er auf Entstellung der Tatsachen beruhe, kam es zu einer aufgeregten Debatte. Der Vorschlag des Comité's wurde schließlich abgelehnt.

Bei Eröffnung der Morgensitzung am siebenten Tage führte Gompers Herrn E. A. Calvin von der Farmers' Union ein; diese Vereinigung erklärt sich für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen und Calvin sagte der Konvention, die organisierten Farmer werden nur solche Waren kaufen, die Gewerkschaftsmarken tragen, um damit die Emanzipation der Arbeiter zu fördern; dafür hoffen sie auf den Beistand der A. F. of L. im Kampf gegen das Spekulantentum und das Großkapital in der Landwirtschaft. — Die Delegierten Furuseth (Seeleute) und Foster (Schriftsetzer) erstatteten im Auftrage des Comité's, dem der Bericht des Präsidenten überwiesen worden war, Referate betreffend die Taktik der A. F. of L. Den Ausführungen Gompers über die Abwendung einer industriellen Stagnation und die Bedingungen der Entwicklung der Gewerkschaften wurde rückhaltlos zugestimmt, ebenso seine Haltung in der Monogolenfrage gebilligt. Die in Bezug auf diesen Gegenstand angenommene Resolution lautet (gekürzt): Die Gefahr der Konkurrenz chinesischer Arbeit auf dem Festlande wurde durch die Ausschluß-Gesetze abgewendet; eine noch größere Gefahr steht von neuem bevor durch die massenhafte Einwanderung anderer mongolischer Völker, Japaner und Koreaner, besonders in die insularen Besitzungen der Vereinigten Staaten. Die öffentliche Stimmung

in Amerika, wie sie im Chinese Exclusion Act zum Ausdruck kommt, ist bei dem Verlangen von Maßregeln zum Schutz gegen Japaner und Koreaner ebenso berechtigt; 1. weil diese die Lebenshaltung herabdrücken; 2. weil der Rassencharakter der Orientalen und der Amerikaner unvereinbar ist; daher beschließt die 25. Konvention der A. F. of L., daß die Bestimmungen des Chinese Exclusion Act erweitert und Japaner wie Koreaner dauernd aus allen Gebieten der Vereinigten Staaten ausgeschlossen werden; diese Resolution ist in geeigneter Weise vor den Kongreß (Bundesparlament) zu bringen. — Zu einer langwierigen Debatte führte das Ersuchen der „Dampf-, Wasser-, Gas- und Kraftinstallateure“ um Aufnahme in die A. F. of L. Der Verband hatte sich vor drei Jahren einer Entscheidung der Konvention nicht gefügt und war ausgeschlossen worden; er sollte sich nämlich mit der stärkeren Organisation der Bleirohrarbeiter, Installateure usw. verschmelzen. Die Angelegenheit wurde dem Exekutiv-ausschuß zur Einleitung weiterer Schritte überlassen.

Frank A. Foster berichtete am achten Verhandlungstage über den Streik der Schriftsetzer, worauf die Angelegenheit der Western Federation of Miners zur Sprache kam, die angeblich die von der vorigen Konvention für den Streik in Colorado bewilligten Geldmittel nicht bestimmungsgemäß verwendeten. Ein später eingetroffenes Schreiben der Funktionäre des Verbandes erklärte die Beschuldigung als unrichtig. Mit dem Anschluß der Western Federation of Miners, der vor einem Jahre bevor zu stehen schien, ist es infolge der unterschiedlichen persönlichen Zänkereien wieder nichts geworden. Den Rest des Tages nahm die Erledigung von Grenzstreitigkeiten in Anspruch und die Verhandlungen gewährten ein recht unerquickliches Bild der Uneinigkeit. — Vor Schluß der Sitzung hielt noch T. B. Powderly, der Führer der Arbeitsschritter (Knights of Labor) zur Zeit ihrer Macht und damals der ärgste Gegner der A. F. of L., eine kurze Ansprache.

Am neunten und zehnten Tage wurde die Debatte über Grenzstreitigkeiten weiter geführt. Der bemerkenswerteste der Konflikte ist jener der Seeleute und Dockarbeiter; diese nahmen seit einigen Jahren auch Seeleute auf und änderten dementsprechend den Titel des Verbandes, was sich die andere Organisation nicht gefallen ließ. Nun scheint der Streit zugunsten der Seeleute entschieden zu sein — wenn man auf Beschlüsse der Konvention etwas gibt. Eine andere Angelegenheit, die schon mehrere Konventionen beschäftigte, ist der Grenzstreit der Zimmerer und Holzarbeiter; Delegierte dieser Verbände sollen zur Beilegung dieser Angelegenheit im Januar in Indianapolis zusammenkommen, wobei Gompers als Berater fungieren wird. Dieser tadelte die inneren Konflikte in scharfen Worten; es würde zu besseren Resultaten führen, meinte er, wenn man mehr auf Disziplin hielte, statt fortgesetzt die Entscheidungen der Konvention — „des höchsten Arbeitsgerichts in den Vereinigten Staaten“ — zu mißachten.

Der erste Tag begann mit einem Referat T. J. Kidd's (Holzarbeiter) über Gesetzgebung, Verwaltung und Arbeiterschaft. Der herrschenden Partei (Republikaner) wurde das Mißtrauen ausgesprochen, weil sie die Versprechungen nicht hielt, die sie den Gewerkschaften machte; weder das Achtstunden-Gesetz, das Anti-Injunction-Gesetz, noch das Gesetz betreffend die Ge-

fängnisarbeit sind verwirklicht worden. — Eine ausgiebige Diskussion entspann sich, als eine Resolution über die Verdrängung qualifizierter Arbeiter durch Kinder, Zöglinge technischer Schulen und den Fortschritt der maschinellen Produktion zur Beratung kam. Dabei gab man allgemein die Ansicht kund, daß man sich technischen Errungenschaften nicht in den Weg stellen dürfe; um jedoch auf Grund von Fakten Forderungen aufstellen zu können, erhielt der Exekutiv-ausschuß den Auftrag, so bald wie möglich über die Sache einen umfassenden Bericht zu erstatten. Ein Zusatzantrag von Lennon (Schneider), bei den bezüglichen Erhebungen mit anderen Vereinigungen zu kooperieren, wurde abgelehnt. — Nach einer Rede J. Golden's über die Verhältnisse seiner Organisation, kam die europäische Einwanderung zur Sprache; die Konvention forderte: die Einführung der Intelligenzprüfung, das Verbot der Einwanderung über die canadische und mexikanische Grenze, eine schärfere Fassung der Bestimmungen betreffend die Unterstützung der Einwanderung von Personen durch ihre in Amerika lebenden Verwandten und Freunde, die Zurückweisung aller körperlich Untauglichen.

Am letzten Sitzungstage wurden noch einige Angelegenheiten erledigt und die Wahlen vorgenommen; Gompers als Präsident, Morrison als Sekretär und Lennon als Schatzmeister sind wiedergewählt. Von den anderen Mitgliedern des Exekutiv-ausschusses schieden zwei, Kidd und Spencer, aus; neugewählt wurden dafür W. D. Huber und Jos. F. Valentine. Als Delegierte zum britischen Gewerkschaftskongreß 1906 werden Frank A. Foster und James Wilson fungieren. Die nächste Konvention findet im November 1906 in der Stadt Minneapolis (Staat Minnesota) statt. F.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarifliches.

Eine Konferenz zwischen Vertretern des Vereins deutscher Steindruckereibesitzer und dem Deutschen Senefelderbund (Verband der Lithographen und Steindrucker) fand am 20. Dezember in Leipzig statt. Die Einladung hierzu war seitens der Unternehmerorganisation ergangen. Es handelte sich um Vorberatungen auf Schaffung eines allgemeinen Tarifes für das deutsche Steindruckergewerbe. Es wurde eine Einigung betreffend die Grundlage einer Tariforganisation erzielt. Das ganze Tarifgebiet wird demnach in neun Kreise geteilt; für jeden Kreis wird eine entsprechende Kommission der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer gewählt, die den Tarifausschuß bildet, mit der Aufgabe, auf Grund vorliegender Anträge einen Tarif aufzustellen und endgültig darüber zu beschließen. Die Durchführung des Tarifes zu überwachen obliegt einem Tarifamte, das aus je drei Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht. Zur Unterstützung des Tarifamtes werden Kreisämter errichtet. Dem Verein deutscher Steindruckereibesitzer und dem Senefelderbund wird das Recht eingeräumt, je zwei Vertreter mit beratender Stimme in den Tarifausschuß zu entsenden. Beide Organisationen verpflichten sich, sich der Tariforganisation unterzuordnen und deren Beschlüsse als für ihre Mitglieder bindend zu erachten, sowie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung des Tarifes einzutreten. Im weiteren soll die An-

Lehnung an die Tariforganisation der Buchdrucker erfolgen in allen nicht besonders erwähnten Fällen.

Der Vorstand der Lithographen und Stein drucker (Senefelderbund) schreibt in Nr. 52 des Verbandsorgans die Wahl der Gehülfenvertreter zum Tarifausschuß aus und wird dieser schon am 15. Februar in Leipzig zur weiteren Beratung über den Tarif zusammentreten.

Arbeiterversicherung.

Ein wichtiges Kapitel aus der Arbeiterversicherung.

Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung — der Alters- und Invaliditäts-, der Unfall- und der Krankenversicherung — machen sich in der großen Masse der Arbeiter eine Reihe Irrtümer breit. Es ist ja selbstverständlich, daß die Arbeiter im großen und ganzen nur ganz oberflächlich und nur über die allerwesentlichsten Bestimmungen aus dem Wulste der Paragraphen der sogenannten sozialen Gesetze informiert sind und sein können. Aber dieser Umstand bringt es eben mit sich, daß die Arbeiter, wenn sie infolge von Krankheit, Invalidität oder Unfällen in die unglückliche Lage kommen, die „Segnungen“ der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung in Anspruch nehmen zu müssen, ihre Rechte nicht genügend zu wahren wissen und so von dem Kärglischen, das ihnen gesetzlich gewährleistet ist, noch einen Teil einbüßen auf Grund mangelhafter oder direkt falscher Information über die maßgeblichen Bestimmungen der einschlägigen Gesetze.

So ist es eine bei den Arbeitern ziemlich weit verbreitete Meinung, daß die Unfall-Berufsgenossenschaften allgemein erst vom Beginne der vierzehnten Woche nach einem Unfälle für den Versicherten einzutreten hätten.

Dies trifft aber in Wirklichkeit nicht zu in allen Fällen, wo das auf Grund der Krankenversicherung eingeleitete Heilverfahren den Unfallverletzten schon vor Ablauf der dreizehnten Woche wieder so weit erwerbsfähig macht, daß er nicht mehr erwerbsunfähig im Sinne des Krankenversicherungs-Gesetzes ist und deshalb für ihn der Anspruch auf das Krankengeld wegfällt. In all diesen Fällen haben vielmehr die Unfallverletzten nach § 13 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes, § 15 des Unfallversicherungs-Gesetzes für Land- und Forstwirtschaft und § 15 des See-Unfallversicherungs-Gesetzes Anspruch auf eine Unfallrente schon von dem Tage ab, an welchem der Anspruch auf Krankengeld in Wegfall kommt; Voraussetzung hierbei ist nur, daß bei dem Verletzten eine über die dreizehnte Woche hinaus andauernde Beschränkung der Erwerbsfähigkeit vorliegt.

Die Unfall-Berufsgenossenschaften machen sich nun irri ge Meinungen der Versicherten, wo es ihnen irgend angebracht erscheint, geflissentlich zu Nutzen; „aus Versehen“ oder „in der Annahme“, daß der Verletzte dreizehn Wochen lang Krankengeld erhalten hat, datieren sie den Eintritt der Unfallrente von der vierzehnten Woche nach dem Unfälle an; weiß es dann eben der Rentenberechtigte nicht besser, so schweigt er dazu und geht eines Teils seines Anspruches verlustig.

Ein zweiter, für den Versicherten oft noch weit folgenschwererer Irrtum verknüpft sich in größeren Kreisen der Arbeiter mit eben derselben Bestimmung der Unfallversicherungs-Gesetze, wonach die Unfallversicherung mit Beginn der vierzehnten Woche nach

einem Unfälle für den Verletzten einzutreten hat; nämlich der Irrtum, daß die Verpflichtungen der Krankenkassen gegenüber den Unfallverletzten mit Ablauf der dreizehnten Woche aufhörten.

Diese Ansicht, die nicht nur bei den Versicherten ziemlich weit verbreitet ist, sondern auch von Krankenkassen selbst vielfach vertreten wird, ist völlig falsch. Denn nach § 25 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes und den ihm analogen Bestimmungen des Unfallversicherungs-Gesetzes für Land- und Forstwirtschaft sowie des See-Unfallversicherungs-Gesetzes wird die Verpflichtung auch der Krankenkassen, den von Unfällen betroffenen Arbeitern und deren Angehörigen und Hinterbliebenen Unterstützungen zu gewähren, durch die Unfallversicherungs-Gesetze nicht berührt. Allerdings soll den Krankenkassen, wenn sie auf Grund solcher Verpflichtung Unterstützungen für einen Zeitraum gewähren, für welchen den Unterstützten nach Maßgabe der Unfallversicherung ein Entschädigungsanspruch zusteht, durch Ueberweisung von Rentenbeträgen seitens der Berufsgenossenschaften Ersatz geleistet werden. Es wird aber bestimmt, daß, wenn die von den Krankenkassen so geleistete Unterstützung eine „vorübergehende“ war — und das ist sie wohl ständig — von den Krankenkassen als Ersatz höchstens drei Monatsbeträge der Rente, und zwar mit nicht mehr als der Hälfte, in Anspruch genommen werden können; nur wenn die Unterstützung eine „fortlaufende“ ist und in der Gewährung des Unterhalts in einer Anstalt besteht, so kann für dessen Dauer und in dem zur Ersatzeleistung erforderlichen Betrage die fortlaufende Ueberweisung der vollen Rente verlangt werden.

Von Berufsgenossenschaften und Krankenkassen — von letzteren besonders, soweit sie als „Betriebskrankenkassen“ in unternehmerlichem Fahrwasser schwimmen — wird jenen Bestimmungen recht oft zum Schaden der Versicherten zuwidergehandelt, und wiederum ist es die irrtümliche Auffassung der Unfallverletzten von den in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen selbst, welche solchen gesetzwidrigen Machinationen Vorschub leistet. Unfallverletzte Mitglieder von Krankenkassen sollen eben stets, auch nach Ablauf der dreizehnten Woche seit dem Unfälle, ihre ihnen laut Gesetz und Statut zustehenden Rechte an der Krankenkasse geltend machen, und eben so sollen sie die Unfall-Berufsgenossenschaften auf die Finger klopfen, wenn diese ihnen ihre Rente wegen der von der Krankenkasse nach der dreizehnten Woche empfangenen Unterstützung um mehr kürzen wollen, als es das Gesetz zuläßt — wiederholt sei: der Versuch hierzu wird recht oft gemacht.

Ein ebenfalls in den Kreisen der Arbeiter ziemlich weit verbreiteter Irrtum läuft darauf hinaus, daß die Invaliditätsversicherung stets erst einzutreten habe, nachdem der Versicherte ununterbrochen 26 Wochen lang erwerbsunfähig war, mithin die gesetzlich gewährleistete Unterstützungspflicht der Krankenkassen aufhört. Auch das ist unrichtig. Invalidenrente kann der Versicherte von dem ersten Tage seiner Invalidität an beziehen in allen Fällen, wo er dauernd Invalid im Sinne des Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetzes ist. Nur in Fällen, wo es sich um eine „vorübergehende“ Invalidität handelt, läuft die Invalidenrente erst vom Beginn der 27. Woche nach Eintritt der Erwerbsunfähigkeit.

Zu beachten ist auch für die dauernd Invaliden, daß die Verpflichtungen der Krankenkassen ihnen

gegenüber durch das Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz ebenfalls nicht berührt werden. Dauerinvaliden sind auch berechtigt, für einen Zeitraum Renten zu beziehen, während dessen sie aus der Krankenkasse die Krankenunterstützung erhalten. Und im Gegensatz zu den Bestimmungen der Unfallversicherungs-Gesetze gewährleistet das Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz den Krankenkassen keinen Ersatzanspruch durch Ueberweisung von Rentenbeträgen für Unterstützungen, die sie für einen Zeitraum an Versicherte leisteten, während dessen diese Invalidenrente bezogen oder zu beziehen berechtigt waren. Einen solchen Rückerstattungsanspruch haben gegenüber den Trägern der Alters- und Invaliditätsversicherung, das sind die Landesversicherungsanstalten, nur die Gemeinden und Armenverbände (§ 49 des Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetzes).

Zum Fallstrich ist weiter manchem Versicherten auch schon der § 7 des Krankenversicherungsgesetzes geworden. Dieser Paragraph besagt nämlich, daß an Stelle der im § 6 desselben Gesetzes vorgeschriebenen Leistungen (freie ärztliche Behandlung, Arznei und Krankengeld) freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus gewährt werden — kann: nicht „muß“, wie viele Versicherte annehmen. Dieser unglücklich gefasste Wortlaut hat zu manchem Prozesse Anlaß gegeben, und nicht sehr oft sind die Streitfälle zugunsten der Kranken entschieden worden. Vom öffentlich-rechtlichen Standpunkte aus und aus rein moralischen Erwägungen wird man es nur verstehen können, wenn — besonders in Bayern und Sachsen — Aufsichtsinstanzen der Krankenkassen diesen in verschiedenen Fällen die Pflicht auferlegten, der Anordnung des Arztes auf Unterbringung eines Kranken im Krankenhaus stattzugeben. Aber in den weitaus meisten Fällen blieben die Versicherten die Hineingefallenen, wenn sie, im Vertrauen auf das soziale Verständnis und Empfinden der Krankenkassenvorstände, der Anordnung des Kassenarztes folgten und sich im Krankenhaus behandeln ließen, ohne erst die Genehmigung des Vorstandes einzuholen. Der nackte Wortlaut jener Bestimmung mußte eben herhalten, um den kranken Kassenmitgliedern aus Rücksichten auf die Finanzen der Kasse — allerdings völlig verkehrten — die Uebernahme der Kurkosten des Krankenhauses durch die Kasse zu verweigern.

Es sollen deshalb die Mitglieder der Krankenkassen, ehe sie der Aufforderung des Arztes, sich im Krankenhaus behandeln zu lassen, folgen, sich wohl erst der Zustimmung des Kassenvorstandes versichern — wenigstens überall dort, wo bei Streitfällen die Spruchbehörden bisher in einer der blinden Willkür kurzfristiger Krankenkassenvorstände Tor und Tür öffnenden Weise entschieden haben.

Aus dem Ausgeführten ergibt sich ohne weiteres, wie kompliziert einmal die Bestimmungen auf dem Gebiete der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung liegen und wie leicht zum anderen die Versicherten infolge Mangels einschlägiger Kenntnisse derselben Gefahr laufen, von den Ansprüchen, die sie an die Träger der Versicherungen zu stellen berechtigt sind, einen Teil einzubüßen. Wo Arbeitersekretariate errichtet sind, finden ja die Versicherten Rat und Unterstützung bei diesen, wo die Arbeiter aber auf sich allein angewiesen sind, müssen sie selbst den Aufpasser machen dafür, daß ihnen von ihren Rechten nichts geschmälert wird. Ihnen hierzu einige Winke an die Hand zu geben, war der Zweck dieses Artikels.

ck.

Der Hilfskassenkongreß.

Der vom Verband der freien Hilfskassen (Sitz Hamburg), vom deutschen Hilfskrankenassen-Verband (Sitz Dresden) und den vereinigten Hilfskassen von Hamburg-Altona zum 16. Januar 1906 nach Berlin einberufen ist, findet an dem genannten Tage, morgens 9 Uhr, in Berlin SO., Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus (großer Saal) statt.

Anträge, die zu dem Kongreß gestellt werden sollen, sind an E. Deisinger, Hamburg I, Hohe Bleichen 34, einzusenden, und zwar so frühzeitig, daß sie noch gedruckt dem Kongreß unterbreitet werden können.

Die Anmeldungen zu dem Kongreß, sowie die Aufträge wegen Beschaffung von Logis für die Kongreßteilnehmer, sind an den Unterzeichneten zu richten.

Der Empfang der Delegierten, die Ausgabe der Kongreßteilnehmerkarten, sowie die Nachweisung der vorher bei dem Unterzeichneten bestellten Logis findet bereits am 15. Januar, nachmittags von 2 bis 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2, statt.

Berlin, den 30. Dezember 1905.

J. A.: R. Simanowski, Engel-Ufer 15 III.

Alle arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck dieser Bekanntgabe gebeten.

Gewerbegerichtliches.

Die Gewerbegerichte im Deutschen Reiche.

Das Dezemberheft des „Reichs-Arbeitsblattes“ veröffentlicht eine Uebersicht über die im Deutschen Reiche bestehenden Gewerbe- und Verggerichte; eine solche der vorhandenen Kaufmannsgerichte soll demnächst publiziert werden. Für die gewerkschaftliche Praxis ist es sehr von Nutzen, zu wissen, in welchen Orten sich ein Gewerbegericht befindet, weshalb wir dieses Verzeichnis in gedrängter Kürze wiedergeben. Diejenigen Ortschaften, für welche ein Gewerkschaftskartell besteht, bezeichnen wir durch einen Stern (*).

Nach obigem Verzeichnis gibt es in Preußen 226 kommunale und 10 königliche Gewerbegerichte, zusammen 236, in Bayern 36, in Sachsen 33, in Württemberg 23, in Baden 12, in Hessen 12, in Mecklenburg-Schwerin 3, in Sachsen-Weimar 7, in Oldenburg 3, in Braunschweig 5, in Sachsen-Meinigen 3, in Sachsen-Altenburg 4, in Sachsen-Roburg-Gotha 6, in Anhalt 6, in Schwarzburg-Rudolstadt 1, in Neuß ä. L. 2, in Neuß j. L. 1, in Lippe 1, in Bremen 1 und in Hamburg 1 kommunales Gewerbegericht, — ferner in Bremen, Lübeck und Hamburg je 1 staatliches und in Elsaß-Lothringen 6 staatliche Gewerbegerichte. Verggerichte bestehen in Preußen 5, in Bayern und Braunschweig je 1. Die Gesamtzahl dieser Gerichte beträgt demnach 413.

a) Gewerbegerichte bestehen in
Preußen:

Ostpreußen: Allenstein, Königsberg*, Memel*, Insterburg, Tilsit*.
Westpreußen: Danzig-Stadt*, Danzig-Land*, Dirschau, Elbing*, Marienburg*, Graudenz*, Jastrow, Thorn*.

Brandenburg: Barchen-Nummelsburg*, Brandenburg*, Charlottenburg*, Cöpenick*, Eberswalde*, Groß-Lichterfelde*, Rezin, Lichtenberg*, Ludenwalde*, Neu-Weißensee*, Pantow*, Potsdam*, Prenzlau, Rathenow*, Reinickendorf*, Rixdorf*, Schöneberg*, Spandau*, Steglitz*, Tegel*, Wilmerdorf*, Wittstock; — Cottbus*, Cüstrin*, Finster-

walde*, Forst*, Frankfurt a. O.*, Guben*, Landsberg a. W.*, Schwiebus*, Spremberg*; — Berlin*.
P o m m e r n : Anklam*, Stargard*, Stettin*; — Uckeründe; — Rößlin*, Kolberg*, Stolp*; — Greifswald*, Stralsund*.

P o s e n : Krotoschin, Ostrowo, Posen*, Ratibisch*, Schroda; — Bromberg*, Gnesen, Hohensalza.

S c h l e s i e n : Breslau*, Brieg*, Freiburg*, Friedland, Gottesberg, Ohlau, Reichenbach, Schweidnitz*, Waldenburg*, Wanssen; — Vollenhain, Bunzlau*, Neusalz*, Görlitz*, Glogau*, Grünberg*, Haynau*, Hirschberg*, Hohešwerda, Lauban*, Liegnitz*; — Beuthen*, Gleiwitz*, Kattowitz*, Königshütte*, Leobschütz, Myslowitz, Reiche*, Neustadt, Oppeln, Ratibor, Beuthen-Land*, Kattowitz-Kreis*, Tarnowitz, Zabrze*.

S a c h s e n (Provinz): Aschersleben*, Burg*, Halberstadt*, Magdeburg*, Oschersleben*, Quedlinburg*, Staßfurt*, Stendal*; — Eisleben*, Halle*, Naumburg*, Teuchern, Weißenfels*, Zeitz*; — Erfurt*, Ilversgehofen*, Mühlhausen*, Nordhausen*, Worbis*.

S c h l e s w i g - H o l s t e i n : Altona*, Büdelsdorf, Elmshorn*, Flensburg*, Geide, Ikehoe*, Kiel*, Lauenburg*, Lägerdorf*, Neumünster*, Pinneberg*, Rendsburg*, Wandsbet*.

H a n n o v e r : Hannover*, Linden*, Dummer, Ricklingen, Hannover-Land*; — Göttingen*, Hildesheim*, Peine*; — Celle*, Garburg*, Lüneburg*, Uelzen*; — Farge, Geestmünde*, Lehe*, Osterholz; — Osnabrück*, Wilhelmshaven*.

W e s t f a l e n : Bocholt*, Bottrop, Buer, Burgsteinfurt, Münster*, Neddinghausen, Dielesfeld*, Herford*, Minden*, Paderborn*; — Altena*, Bochum*, Dortmund*, Dortmund-Land*, Gelsenkirchen*, Gelsenkirchen-Bismarck*, Gelsenkirchen-Schalle*, Gelsenkirchen-Meckendorf*, Hagen*, Hamm*, Haspe, Hattingen*, Herne*, Hörde*, Iserlohn*, Schwelm*, Siegen, Wanne, Wattenscheid, Witten*.

H e s s e n - N a s s a u : Bergen, Cassel*, Fechenheim*, Gelnhausen, Fulda, Hanau*, Hersfeld, Kesselsdorf, Mellungen; — Diebrich*, Frankfurt a. M.*, Höchst*, Oberlahnstein, Wiesbaden*.

R h e i n l a n d : Coblenz-Stadt*, Coblenz-Land*, Heddesdorf, Hönningen, Kreuznach*, Neuwied, Wehlar*; — Beek, Duisburg*, Essen-Stadt*, Essen-Land*, Geldern, Gamborn, Meiderich*, Moers, Mülheim (Ruhr)*, Neuß*, Oberhausen*, Opladen, Velbert*, Bohwinkel, Wesel; — Barmen*, Crefeld*, Düsseldorf*, Elberfeld*, M.-Gladbach*, Lennep, Remscheid*, Solingen*; — Bonn*, Köln*, Mülheim (Rh.)*; — Malsstatt-Burbach, Neunkirchen, Saarbrücken*, St. Johann*, Trier*; — Aachen-Stadt*, Aachen-Land*, Düren*, Eupen*.

B a y e r n :

München*, Ingolstadt*, Landshut*, Straubing*, Passau*, Frankenthal*, Kaiserlautern*, Ersenbach, Ludwigshafen*, Oggersheim*, Neustadt (G.)*, Lambrecht*, Pirmasens*, Speyer*, Zweibrücken*, Amberg*, Regensburg*, Bamberg*, Bayreuth*, Hof*, Kulmbach*, Ansbach*, Erlangen*, Fürth*, Nürnberg*, Roth*, Schwabach*, Weizenburg, Aschaffenburg*, Schweinfurt*, Würzburg*; — Augsburg*, Mempten*, Neu-Ulm, Oberhausen b. Augsburg*, Pfersee*.

S a c h s e n :

Dresden*, Meissen*, Freiberg*, Radeberg*, Dresden-Neustadt (Amt)*, Dresden-Alstadt (Amt)*, Döbeln*, Hartmannsdorf, Wittweida*, Penig*,

Leipzig-Stadt*, Leipzig-Amt*, Wurzen*, Chemnitz-Stadt*, Chemnitz-Land*, Glauchau-Stadt*, Glauchau-Land*, Hohenstein-Ernstthal, Meerane*, Olbernhau, Plauen*, Zwickau*, Reichenbach*, Crimmitschau*, Delsnitz*, Mhlau*, Elsterberg*, Pausa, Bauzen*, Großschönau*, Reichenau, Seiffhennersdorf*, Zittau*.

W ü r t t e m b e r g :

Cannstatt*, Ehlingen*, Heilbronn*, Ludwigsburg*, Zuffenhausen*, Stuttgart*, Ebingen*, Schramberg*, Neutlingen*, Tübingen*, Schwenningen*, Tutlingen*, Alen, Gmünd*, Hall*, Heidenheim*, Biberach*, Geislingen, Göppingen*, Kirchheim, Laupenheim, Ravensburg*, Ulm*.

B a d e n :

Bruchsal*, Durlach*, Eberbach, Freiburg*, Heidelberg*, Karlsruhe*, Konstanz*, Lahr*, Mannheim*, Offenburg*, Pforzheim*, Willingen*.

H e s s e n :

Darmstadt*, Pfungstadt*, Heppenheim, Offenbach-Stadt*, Offenbach-Land*, Gießen*, Alzey*, Kastel, Koftheim*, Mainz*, Wombach, Worms*.

M e d l e n b u r g - S c h w e r i n :

Rostock*, Schwerin*, Wismar*.

S a c h s e n - W e i m a r :

Weimar*, Jlmennau*, Apolda*, Jena*, Wenigenjena*, Eisenach*, Ruhla*.

O l d e n b u r g :

Oldenburg*, Delmenhorst*, Bant*.

B r a u n s c h w e i g :

Braunschweig*, Wolfenbüttel*, Helmstedt*, Schöningen*, Blankenburg*.

S a c h s e n - M e i n i n g e n :

Sonneberg*, Saalfeld*, Pöfned*.

S a c h s e n - A l t e n b u r g :

Altenburg*, Schmölln*, Gößnitz*, Eisenberg*.

S a c h s e n - C o b u r g - G o t h a :

Coburg*, Gotha*, Neustadt, Deslau, Ohrdruf*, Waltershausen*.

A n h a l t :

Dessau*, Zerbst*, Köslau*, Cöthen*, Coswig*, Bernburg*.

S c h w a r z b u r g - R u d o l f s t a d t :

Rudolstadt*.

N e u ß ä l t e r e u n d j ü n g e r e L i n i e :

Greiz*, Zeulenroda*, Gera*.

L i p p e :

Lemgo, Lage (allg.), Lage (Ziegler).

H a n s e s t ä d t e :

Bremen*, Bremerhaven*, Lübeck*, Hamburg*, Bergedorf*.

E i s a c h - L o t h r i n g e n :

Mülhausen*, Strassburg*, Thann, Marfisch, Metz*, Colmar*.

b) Berggerichte bestehen in

Preußen: Beuthen*, Waldenburg*, Saarbrücken*, Aachen*, Dortmund*.

Bayern: München*.

Braunschweig: Helmstedt*.

Aus dieser Uebersicht ist zu ersehen, daß es in zahlreichen Orten, wo Gewerbegerichte vorhanden sind, an örtlichen Gewerkschaftskartellen noch mangelt. Hier und da mögen benachbarte Kartelle ihren Wirkungskreis über solche Ortschaften erstrecken, — in nicht wenigen Fällen ist dies jedoch ausgeschlossen. Es ist indes notwendig, daß allerorts, wo Gewerbegerichte bestehen, das gewerkschaftliche Zusammenwirken derart geregelt ist, daß unseren Gewerkschaften der ihnen gebührende Einfluß auf diese Institutionen gesichert bleibt.

Wahlen. In Wenigenjena wurden die vom Gewerkschaftskartell in Jena aufgestellten Kandidaten nahezu einstimmig gewählt. Trotz der vor einigen Wochen seitens des neugebildeten „Kartells neutraler Arbeiter-Berufsvereine“ veröffentlichten Kriegserklärung ist eine Gegenliste nicht aufgestellt worden.

Kartelle und Sekretariate.

Arbeitersekretär gesucht.

In Brandenburg a. S. ist zum 1. April die Stelle im neuerrichteten Sekretariat zu besetzen. Gehalt 2000 Mark bis 2400 Mark steigend. Bewerber muß redigierfähig sein und eine Probearbeit aus dem Gebiete der Sozialgesetzgebung bis 20. Januar an den Unterzeichneten einreichen.

Otto Richter, Kirchhofstraße 11.

Arbeitersekretär gesucht.

Für Köln a. Rh. wird zum 1. März ein Gewerkschafts- und Arbeitersekretär gesucht. Meldungen mit Angabe der Gehaltsansprüche und gedrängte schriftliche Angabe der Tätigkeit eines Gewerkschafts- und Arbeitersekretärs sind bis spätestens 1. Februar 1906 mit der Aufschrift „Arbeitersekretär“ an die Fünferkommission des Gewerkschaftskartells, Severinstraße 201, zu richten.

Andere Organisationen.

Aus den (S.-D.) Gewerkvereinen.

Eine musterhafte Scherenredaktion. Die „Westdeutsche Abendpost“, ab 1. Januar dieses Jahres dreimal wöchentlich bis auf weiteres erscheinendes Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine in Rheinland-Westfalen, hat sich eine recht nette Redaktion mit Schere und mit Kleistertopf zugelegt. Die Probenummer am 28. Dezember, die uns vorliegt, ist im wesentlichen eine Scherenarbeit, die nicht einmal von irgendwelcher Genialität des Scherenredakteurs zeugt. Selbst die Mitteilung, daß Bruno Boersch in die Redaktion eintreten soll, ist aus der „Gewerkschaft“ geschnitten.

Dort aber, wo die Redaktion aus dem Schnitt ein Original zu machen sucht, wird sie originell. Mitte Dezember brachte die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel eine Notiz: „Lernt von den Gegnern“, worin mitgeteilt wurde, daß die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände 3445 Betriebe mit rund 631 000 Arbeitern umfaßt, an die jährlich fast 5 Millionen Mark Löhne gezahlt werden. Wir legten damals die verwunderliche Mitteilung des Kieler Blattes, nach der auf jeden einzelnen Arbeiter also ein Jahreseinkommen von sieben Mark 92 Pfennig entfiel, als ein Unikum in unsere Mappe.

Groß war nun natürlich unsere Ueberraschung, als wir in der oben erwähnten Probenummer der „Westdeutschen Abendpost“ die betreffende Notiz, mit einem eigenen Korrespondenzzeichen versehen, wiederfanden. Sie hatte sich nur in einem Worte verändert. Anstatt einer Lohnsumme von fünf Millionen Mark — man war in Düsseldorf etwas freigebiger als in Kiel — hatte man „fünf Milliarden Mark Löhne“ daraus gemacht; das ergibt pro Kopf ein Jahreseinkommen von 7924 Mk.

Bei einer so riesenhaften Leistungsfähigkeit in der Fabrikation von Lohnsummen wird dem Düsseldorfer Blatte niemand den Rekord strittig machen. Wenn es seine Abonnentenziffer ebenso bequem sich

von einem „eigenen Korrespondenten“ zusammenstellen läßt, wird es selbstverständlich bald eines der gelesensten Blätter der Welt — nach seinen eigenen Angaben — sein.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat Dezember bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Handels- u.	Transporth. für	1. Qu. 05	1252,— Mk.
„ „	Textilarbeiter „	2. „ 05	2118,— „
„ „	Masch.u. Feizer „	2. u. 3. „ 05	840,84 „
„ „	Maler „	3. „ 05	1200,— „
„ „	Zimmerer „	3. „ 05	2000,— „
„ „	Bauarbeiter „	3. „ 05	1988,60 „
„ „	Tapezierer „	3. „ 05	230,— „
„ „	Gemeindebetriebsarbeit. „	3. „ 05	557,— „
„ „	Portefeuller „	1., 2. u. 3. „ 05	333,32 „
„ „	Bergarbeiter	für 1905	12900,— „
„ „	Metallarbeiter	1905	30000,— „

Im Monat Dezember gingen ferner ein:
Für die streikenden Wäschearbeiter in Bielefeld:

Von den Centralvorständen:

Metallarbeiter 1000,—, Buchbinder 300,—, Textilarbeiter 400,—, Schiffszimmerer 200,—, Bäcker 100,—, Schuhmacher 200,—, Putzmacher 200,—, Handlungsgehilfen 200,—, Gemeindebetriebsarbeiter 200,—, Tapezierer 200,—, Bergarbeiter 2000,—, Dachdecker 100,—, Portefeuller 100,—, Bildhauer 200,—, Vergolder 50,—, Graveure 100,—, Mühlenarbeiter 50,—, Formstecher 50,—, Lagerhalter 75,—, Kupferschmiede 100,—, Hafnarbeiter 200,—, Holzarbeiter 1000,—, Tabakarbeiter 300,—, Lithogr. u. Stein drucker 200,—, Stukkateure 300,—, Gastwirtsgehilfen 50,—, Buchdrucker (Elsaz-Lothr.) 50,—, Brauereiarbeiter 1000,—, Sattler 100,—, Barbier 25,—, Seelente 100,—, Gewerkschaftskartell Straßburg i. E. gesammelt für die Bergarbeiter 845,87 Mk., in Summa 9995,87 Mk.

Für die ausgesperrten Textilarbeiter in Thüringen:

Gewerkschaftskartell Dresden 73,90 Mk. Bereits quittiert 582,95, in Summa 656,85 Mk.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Dresden:

Gewerkschaftskartell Charlottenburg 192,15, Berliner Gewerkschaftskommission 2000,— Mk. Bereits quittiert 53 116,91, in Summa 55 309,06 Mk.

Berlin, d. 3. Januar 1906. Herm. Kube.

Vergriffene Correspondenzblätter.

Folgende Nummern des „Correspondenzblattes“, Jahrgang 1905, sind vergriffen: Nummer 7, 9, 10, 11, 14, 26, 33, 36 und 37.

Die Verbandsexpeditionen, Kartelle und Genossen, die überzählige Exemplare dieser Nummern besitzen, werden erucht, solche umgehend an die unterzeichnete Expedition einzusenden.

Expedition des „Correspondenzblatt“, Berlin S.O. 16, Engelufer 15, IV.

Berichtigung. In die Schlussabrechnung des Deutschen Werftarbeiterverbandes hat sich ein Bifferfehler eingeschlichen. In dem Abschnitt: „Finanzgebarung“ Nr. 61, S. 847, 2. Spalte) soll es unter Einnahmen heißen: „Eintrittsgeld 541,40 Mk.“ Wir bitten die Leser, hiervon Notiz zu nehmen.